

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementpreis für Berlin frei ins Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postgesetzungsliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Genthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Reichstag und Herrenhaus.

Sie haben wieder einmal von sich reden gemacht, die privilegierten Vertreter privilegierter „Stände“ im Herrenhaus; sie haben sich mit der Polenfrage beschäftigt. Bei dem unzweifelhaft konservativen Charakter jener Versammlung war es selbstverständlich, daß sie sich in der Polenfrage vollständig der Regierung anschloß und mit mitschreitender Mehrheit deren Vorgehen in der Polenfrage billigte. Der Graf v. Stolberg-Bernigerode sprach dazu aus, daß der Beschluß des Herrenhauses einen Protest gegen die Haltung des Reichstags in der Polenfrage und ein Vertrauensvotum für die Regierung darstellen solle; er fügte hinzu, daß in solchen großen Interessenfragen der „gesunde Egoismus“ den Ausschlag geben müsse.

Das hört sich eigentümlich an. Wo beginnt denn der „gesunde“ Egoismus und wo hört der „ungefunde“ auf? Es wäre wirklich interessant, zu erfahren, was an der gesunden Weltanschauung des Herrn Grafen von Stolberg überhaupt noch „Gesundes“ ist. Seine gesellschaftliche Stellung ragt in die Neuzeit herein als ein Ueberrest der Feudalperiode und diese Herren müssen, wenn sie die Berechtigung ihrer Stellung nachweisen wollen, auf die „überwundenen Gesichter“ ihrer Ahnenbilder verweisen. Wirklich gesund kann in einer Weltanschauung nur das sein, was mit dem Wesen der Gegenwart übereinstimmt; da bleibt denn von der Weltanschauung des genannten Herrenhausmitgliedes sehr wenig übrig. Im Weiteren kann Jeder sagen, daß gerade sein Egoismus der gesunde und gerechteste sei, mit demselben Rechte, wie hier der Graf Stolberg.

Daß nun das Herrenhaus gegen den Reichstag in das Gesicht geführt wird, mag seltsam erscheinen, aber wirklich ist dieser Akt unseres Erachtens nicht. Das Herrenhaus protestiert gegen einen Beschluß des Reichstags. Zunächst ist ein solcher Protest für Niemand in irgend einer Weise rechtverbindlich; für den Reichstag am allerwenigsten. Das Herrenhaus kann also nur auf eine moralische Wirkung seines Protestes rechnen. Diese Wirkung mag bei Ministerialsekretären, bei Geheimräthen, bei Hofbeamten und bei der gesammten Feudalaristokratie eintreten. Aber diese Reize brauchen nicht erst durch einen Beschluß des Herrenhauses herangezogen zu werden; sie haben, soweit sie nicht politische Feudal-Aristokraten sind, von vornherein das Vorgehen des Reichstags gemißbilligt. Wenn ein Protest eine moralische Wirkung haben soll, so muß er sich auf die Massen stützen. Allein wie stehen die Massen dem Herrenhause gegenüber? Sie kennen diese unpopulärste aller parlamentarischen Versammlungen kaum,

weil sie ja mit deren Zusammensetzung nichts zu thun haben; sie wissen wohl nur, daß schon häufig die Abschaffung des Herrenhauses, als einer nicht mehr zeitgemäßen Institution, gefordert worden ist. Man wird also in den weitesten Volkseisen, soweit man von dem Protest des Herrenhauses Akt nimmt, einfach die Achseln zucken und den Protest zu dem „Uebrigen“ legen.

Träumen die Feudalen im Herrenhause wohl davon, daß ihr Protest die Wirkungen des Reichstagsbeschlusses in der polnischen Frage beseitigen werde? Wenn ja, nun dann wünschen wir, schon geträumt zu haben, denn es kann weiter nichts sein, als ein Traum.

Der bekannte Präsident des Frankfurter Parlaments, Heinrich von Gagern, rief einmal einem Abgeordneten, der sehr häufig protestierte, zu: „Sie dürfen protestieren, so viel Sie wollen!“ — Dies könnte auch der Reichstag zu dem Herrenhause sagen; er befindet sich ganz in derselben Lage. Etwas mehr oder weniger „Protest“ von jener Seite kann ihm sicherlich nichts schaden.

Daran kann freilich nicht gezweifelt werden, daß die Feudalen im Herrenhause selber ihren Beschluß und ihren Protest für eine der größten Staatsaktionen des neunzehnten Jahrhunderts halten. Sie dürften in diesem frommen Köhlerglauben noch bekräftigt worden sein durch die gefällige Geschwägigkeit des Wolffschen Telegraphenbureaus, das, seinem offiziellen Charakter gemäß, das nöthige Aufheben von dem Herrenhausbeschlusse und dem Proteste gemacht hat. Die Herren Feudalen leben in einer geräumten Welt; sie sind der unmaßgeblichen Meinung, ihre gesellschaftliche Stellung verleihe ihnen noch dieselbe Autorität wie etwa vor 300 Jahren und sie haben gänzlich übersehen, daß die Demokratisierung der Gesellschaft inzwischen so unendlich vorgeschritten ist.

Man hätte sich also den Protest sparen können. Wird es wohl einen Menschen in Deutschland geben, der dem Reichstagsbeschlusse bezüglich der Polenfrage bis jetzt zugestimmt hat und der etwa durch den „Protest“ des Herrenhauses zu einer entgegengesetzten Meinung gebracht werden könnte? Dieses seltene Exemplar eines Muster-Untertanen möchten wir wohl sehen. Wir werden es aber nicht sehen, aus dem einfachen Grunde, weil es nicht vorhanden ist.

Politische Uebersicht.

Das preussische Abgeordnetenhaus macht dem deutschen Reichstag eine recht kleinliche Opposition. Nachdem der deutsche Reichstag dem Abgeordnetenhause längere Zeit freies Feld gelassen hatte und nachdem in der That die „Polenfrage“ im Abgeordnetenhause in breitspurigster Weise behandelt worden waren, durfte der Reichstag annehmen, daß er bei

der Berathung des Branntweinmonopols durch das Abgeordnetenhaus in keiner Weise gestört werde. Dagegen setzt der Präsident des Abgeordnetenhauses auf gestern einen hochwichtigen Gegenstand auf die Tagesordnung, die „Westfälische Kreis- und Provinzialordnung“, obgleich er weißte, daß dadurch mancher Abgeordnete, der zugleich dem Reichstage und dem Landtage angehört, von der Monopolberathung im Reichstage abgehalten würde — und die aus Konfessionen und Nationalitäten zusammengesetzte Majorität stimmte dem Vorschlage des Präsidenten, der übrigens von Adler heißt, einfach zu, trotz der Proteste, welche von Seiten der Opposition erlassen wurden. — Es klingt fast wie Hohn, wenn sich die Majorität im Landtag noch national nennt. Bismarck zu Liebe werden die Nationalliberalen sofort Partikularisten, auf Kommando versuchen sie Reichseinrichtungen verächtlich zu machen, ja, diese Sippchaft wendet sich sogar gegen den deutschen Reichstag, von dem sie bis dahin redeten, daß er den Grundstein der deutschen Einheit bilde. Eine patriotische Partei aber, welche auf Kommando zu jeder Zeit den Rock wechselt, und die dann sich noch erdreistet, von Selbstständigkeit, Mannesmuthe und Patriotismus zu sprechen, dieselbe muß dem Fluche der Väterlichkeit verfallen. Mag sich aber auch die servile Majorität des preussischen Abgeordnetenhauses noch so pfauenhaft spreizen, da gerade die Bismarck'sche Gnadenfahne gegenwärtig so huldvoll über ihr lächelt, das Volk erkennt die Pfauen an ihrem eiteln Geschrei und wendet sich von ihnen ab trotz der schönen Fiedeln und ihres Gespreies. — Der Reichstag aber sollte eingebildet sein seines vollständigen Ursprungs und sollte hinfürto keinerlei Rücksicht nehmen auf die alberne Klatschweber auf der anderen Seite der Leipziger Straße. Diejenigen Abgeordneten aber, die Doppelmandate besitzen, sollten eigentlich wissen, wohin sie gehören — in den Reichstag.

Bei der Monopol-Debatte im Reichstage hielt der Abgeordnete Eugen Richter eine längere und vielfach treffliche Rede, die unsere Leser im Reichstagsbericht der heutigen Nummer finden. Doch wollen wir eine Episode aus derselben an dieser Stelle anführen. Nämlich, wie Herr Wilmann in der kaufmännischen Versammlung in Hamburg, vorstell Herr Richter auch in den Jahren monopolistische Ideen mit sozialistischen zu verwechseln. Er erregte dadurch „große Unruhe“ bei den Sozialdemokraten, die ihn durch Zuneile unterbrachen. Wenngleich nun Herr Richter bekräftigt von der sozialen Frage absolut nichts verstand, wurde er doch durch die Botschensprüche insoweit ernüchert, daß sein natürlicher Verstand den Unterschied zwischen Monopolisten und Sozialisten zu begreifen anfing und er diesen Unterschied in folgender Weise definiert: Die Monopolisten wollen von der Gesamtheit Beiträge, um einzelne Bestehende zu unterstützen, die Sozialisten hingegen wollen verstaatlichen, um an die Gesamtheit zu vertheilen. Wenn diese Definition noch keineswegs korrekt war, so zeigt sie doch, daß es auch bei Richter in Bezug auf Verständniß der sozialen Frage zu dümmern beginnt. — Interessant waren die statistischen Mittheilungen Richters, in denen nachgewiesen wurde, daß die Hauptknopfdienner dem Adel angehörten. Und dabei sind gerade diese Herren vielfach Mit-

lieden vermochte, das streute Frau Dahlberg mit verschwenderischer Hand um sie aus — schon auf der Reise; und die Natur prangte in immer herrlicherer Fülle, je weiter sie nach Süden vordrang. Jedes Wort, jeder Blick dieser seltenen Frau war eine Pfühllichkeit für Erna, welche sich plötzlich aus ihrer tiefsten Erniedrigung zur Sonnenhöhe des Glückes emporgehoben fühlte.

Sie hatten ein eigenes Koupee inne; und in der tiefen Stille und Einsamkeit desselben fand Erna erst volle Gelegenheit, manchen forschenden und heimlichen Blick auf ihre lebenswürdige Herrin zu werfen. Diese war eine Dame in dem ungefähren Alter der Baronin, aber nicht so hochheißvoll und auch nicht so sanft zärtlich wie diese. Sie war von jener bezaubernden süßlichen Schönheit, deren Hauptreiz die in den Zügen ausgeprägte tiefe Lebenshaftigkeit ist. Und eine solche wohnte auch Frau Dahlberg inne. Sie machte daraus kein Geheim und belächelte ganz offen, daß sie gleich lebensfähig im Haß wie in der Liebe sei. Der heiße Strahl der letzteren zündete jetzt auch in Erna's Brust, und sie empfand eine stündlich wachsende Zuneigung zu der Fremden; gleichwohl konnte sie sich eines leisen Schauders bei dem Gedanken nicht erwehren, daß die Liebe sich eines Tages in Haß verwandeln könnte und was sie dann unter letzterem zu leiden haben würde. Dieser Gedanke kam ihr aber nur flüchtig, wie ein Wolken Schatten über eine sonnenbeschienene Wiese dahinfliegt; dann war Alles wieder Blumenduft und Licht und Leben um sie her und jener Gedanke vergessen, um nicht mehr aufzutauhen.

Die auf der Reise gesammelten Anschaulichkeiten waren nichts im Vergleich mit denjenigen ihres späteren Zusammenlebens in der Villa bei Wien. Die letztere war ein kleines Feenschloß und der Schutzhort einer märchenhaften Pracht. Sie lag inmitten eines Gartens, in welchem ebenfalls die reichsten Schätze der Gärtnerkunst sich breit machten. Solchen Blumenstör und solcher Luxus hatte Erna weder zu Haus, noch in dem Waldschloß der Baronin gesehen.

„Ist es nicht ein kleines Wunderland, ein Eden, das ich hier geschaffen?“ hatte Frau Dahlberg bei ihrem ersten Eintritt in ihr Heim gefragt und Erna hatte ihrer

lieden vermochte, das streute Frau Dahlberg mit verschwenderischer Hand um sie aus — schon auf der Reise; und die Natur prangte in immer herrlicherer Fülle, je weiter sie nach Süden vordrang. Jedes Wort, jeder Blick dieser seltenen Frau war eine Pfühllichkeit für Erna, welche sich plötzlich aus ihrer tiefsten Erniedrigung zur Sonnenhöhe des Glückes emporgehoben fühlte.

Sie hatten ein eigenes Koupee inne; und in der tiefen Stille und Einsamkeit desselben fand Erna erst volle Gelegenheit, manchen forschenden und heimlichen Blick auf ihre lebenswürdige Herrin zu werfen. Diese war eine Dame in dem ungefähren Alter der Baronin, aber nicht so hochheißvoll und auch nicht so sanft zärtlich wie diese. Sie war von jener bezaubernden süßlichen Schönheit, deren Hauptreiz die in den Zügen ausgeprägte tiefe Lebenshaftigkeit ist. Und eine solche wohnte auch Frau Dahlberg inne. Sie machte daraus kein Geheim und belächelte ganz offen, daß sie gleich lebensfähig im Haß wie in der Liebe sei. Der heiße Strahl der letzteren zündete jetzt auch in Erna's Brust, und sie empfand eine stündlich wachsende Zuneigung zu der Fremden; gleichwohl konnte sie sich eines leisen Schauders bei dem Gedanken nicht erwehren, daß die Liebe sich eines Tages in Haß verwandeln könnte und was sie dann unter letzterem zu leiden haben würde. Dieser Gedanke kam ihr aber nur flüchtig, wie ein Wolken Schatten über eine sonnenbeschienene Wiese dahinfliegt; dann war Alles wieder Blumenduft und Licht und Leben um sie her und jener Gedanke vergessen, um nicht mehr aufzutauhen.

Die auf der Reise gesammelten Anschaulichkeiten waren nichts im Vergleich mit denjenigen ihres späteren Zusammenlebens in der Villa bei Wien. Die letztere war ein kleines Feenschloß und der Schutzhort einer märchenhaften Pracht. Sie lag inmitten eines Gartens, in welchem ebenfalls die reichsten Schätze der Gärtnerkunst sich breit machten. Solchen Blumenstör und solcher Luxus hatte Erna weder zu Haus, noch in dem Waldschloß der Baronin gesehen.

„Ist es nicht ein kleines Wunderland, ein Eden, das ich hier geschaffen?“ hatte Frau Dahlberg bei ihrem ersten Eintritt in ihr Heim gefragt und Erna hatte ihrer

Feuilleton.

Die Tochter des Bankrotteurs.

Roman aus der Gegenwart

von Gustav Köffel.

„Du bist ja eine äußerst folgsame Tochter,“ sagte Winter ironisch.

„Freilich, die romantische Aber meines aus Liebe entlaufenen Bruders seht mir,“ entgegnete sie ebenso. „In mir wohnt der kaufmännische Geist meines Vaters. Wenn ich eine Irrung in der Rechnung bemerke, löstire ich sie.“ „Bravo, bravo!“ spöttelte ihr Vater. „Du solltest zu mir unten in's Komptoir kommen und Bernhard Deinen Platz bei der Mutter einnehmen. Aber damit kommen wir nicht weiter. Freilich, wenn Du Herrn Adler nicht

„In diesem Augenblick wurde der Genannte gemeldet. Der Wolf in der Fabel,“ murmelte Winter für sich und dann stand er auf, um den Eintretenden mit aller Zuversicherung zu begrüßen. Er nahm sich vor, demselben einmal seine ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden. Auch herein mußte zu einem Abschluß gekommen werden, so oder so.“

„In seiner wohlverschlossenen Privatwohnung saß an diesem Abend Gontard, Banknoten zählend und rechnend. Ihm zur Seite lag das erdrossene Rouvert aus dem Schreibstisch des Kommerzraths.“

„Gewiß ist mir mit meiner Selbstständigkeit am besten,“ murmelte er, aber nicht in dem Sinne, wie er es sich denkt. War es auch leider nicht das Depositem des Gontards, welches meinem Genie da zur Deute fiel, so war es doch etwas, was mir nicht viel weniger einbringen kann — ein Familiengeheimniß, gegen welches die Briefe Bernhards an Erna eine wahre Spielerei sind. Brachten diese mir schon fünfzehntausend Mark, so sollen jene Papiere mir das Zehnfache und mindestens so viel einbringen, um Erna Eichenbach dieselbe glänzende Existenz darbieten zu

glieder der inneren Mission, welche gegen den Branntweinge-
nuß losfeiern. Pure Heuchelei!

Zum Branntweinmonopol. In einer Versammlung der Hamburger Kaufmannschaft, die eine Resolution gegen das Branntweinmonopol annahm, sprach sich auch der Abgeordnete Boermann entschieden gegen das Monopol aus, indem er erklärte: Die Monopolverwaltung würde nur einen Bruchtheil der jetzt durch das Geschäft ernährten Personen unterdrücken können. Wohin mit den Uebrigem? Alle Berufszweige seien überfüllt, die Konkurrenz sei überall auf's Höchste gestiegen. Wo sollen denn die Leute einen neuen Erwerb finden an Stelle desjenigen, aus welchem der Staat sie verdrängen will? Das beachtliche Vorgehen des Staates sei ein durch und durch sozialistisches, auch die Sozialdemokratie wolle die gesammte Produktion organisieren und in die Hände des Staates bringen. Die Angriffe auf den Handel seien nichts als Angriffe auf den freien Verkehr überhaupt, d. h. auf die Gesamtinteressen des ganzen Volkes. — So der nationalliberale Abgeordnete und Sozialkaufmann. Wenn Herr Boermann glaubt, daß die Sozialdemokraten die Produktion monopolisieren wollten, so ist er doch gewaltig im Irrthum. Wir haben immer gehört, daß die Sozialdemokraten die Produktion organisieren wollten. Merkwürdig ist es ja auch, daß die Sozialdemokraten gegen das „durch und durch sozialistische Vorgehen des Staates“ stimmen werden.

Für die Kolonialschwärmer. In der „Anthropologischen Gesellschaft“ hielt Professor Hirsch einen Vortrag über „Klimatifikation in den Tropischen Gebieten“, in welchem er folgende Mittheilung machte: Die Störungen, welche unser Organismus in den Tropen erleidet, sind erstens Veränderungen in der Blutmasse und Schwellung der Leber durch übermäßige Anfüllung mit Blut. An sich noch nicht gerade als Krankheit zu bezeichnen, führen diese Störungen doch schließlich zur völligen Berrättung des Organismus und schon sehr bald zu einer solchen Steigerung der Empfänglichkeit für jede Tropenkrankheit, daß hierin die ernstesten Gefahren liegen. Von den spezifischen Krankheiten der Tropen sind namentlich Malariaerkrankungen, Darmkatarrh und Ruhr, sowie Gelbfieber verhängnisvoll für den Weissen; neuerdings wird noch von einer namentlich durch Blutflüsse charakterisirten, höchst gefährlichen Erkrankungsforn berichtet. Aus dem sehr reichen Zahlenmaterial ergibt sich das übereinstimmende Resultat, daß eine Kolonisation der weissen Rasse in tropischen und subtropischen Gebieten nicht möglich ist. Das Gesamtergebnis aller Forschungen stellt sich dahin, daß bei sehr vortheilhafter Lebensweise einige Jahre das tropische Klima ohne dauernden Schaden ertragen werden kann, daß aber dann eine Scholung in kühlerem Klima eintreten muß, soll nicht Gefahr entstehen. Auch in höheren Lagen ist Landbau für den Weissen unmöglich.

„Tüchtige Hiebe, die geeignete Strafe!“ — so tönt es aus den Spalten des nationalliberalen „Leipziger Tageblatt“ wiederum einmal hervor. Und diese Prügel sollen angewandt werden gegen die Kersten der Arimen, welche arbeitslos, hungrig, frierend, obdachlos umherirren und dann durch Verzweiflung getrieben, irgend ein Vergehen verüben, lediglich zu dem Zwede, um Obdach im Gefängnis zu erhalten. Jeder verständige Richter nimmt die Noth als Milderungsgrund bei Vergehen an. Das nationalliberale „Leipz. Tzbl.“ aber umgekehrt als Verschärfungsgrund. Daraus folgt, daß dasselbe Blatt selbstverständlich bei Vergehen aus Uebermuth begangen, wie das vielfach von den jungen Leuten der besseren Stände geschieht, diesen Uebermuth als Milderungsgrund bei der Beurtheilung derselben ansehen müßte, obwohl ein vernünftiger Mensch, wenn derselbe überhaupt irgend welcher Prügelstrafe zustimmen könnte, die Prügel eher dem Uebermuth als der Noth zuschreiben würde. Wie groß aber die Noth in der That ist, geht schon daraus hervor, daß in zwei Jahren in Leipzig 107 Personen verurtheilt worden sind, welche geständig waren, das Vergehen lediglich zu dem Zwede begangen zu haben, um Obdach und Brot im Gefängnis zu erhalten. Und dann Prügelstrafe! Ist denn in der That die Scham zu den Händen entflohen?

Zum Sozialistengesetz. In auswärtigen nationalliberalen Blättern finden wir folgende Notiz: „Mit der Abkürzung der Billigkeitsdauer auf drei Jahre wird sich die Regierung, wie man hört, einverstanden erklären. Man hält es auch für möglich, daß sonst noch einige kleine Ab-schwächungen nach den Bindhorfischen Anträgen vorgenommen werden, um dem Centrum die Zustimmung zu erleichtern.“ — Diese Notiz soll von dem Abg. Böttcher, dem Herausgeber der „Nationalliberalen Korrespondenz“, herrühren. Der Mann muß es ja wissen!

Oesterreich-Ungarn. Im Abgeordnetenhaus gelangte ein Antrag des Abgeordneten Lutz auf Einführung einer Vörsensteuer zur ersten Berathung. Aus der Rede des Antragstellers wollen wir einige, zum Theil treffliche Bemerkungen bringen: Alle Erwerbszweige und der Grundbesitz seien schwer besteuert, nur das bewegliche Kapital sei nicht zu erreichen. Die Börsen-

steuer werde da ein wenig Abhilfe bringen. Und die Börse sei das geeignete Objekt, weil sie aus allen Neuerungen und fortschrittlichen Institutionen den meisten Nutzen ziehe. Sie genieße ein Privilegium, das ungerecht sei. Wenn man die verschiedenen Geschäftsorte der Börse beobachte, so sehe man, daß der Schwund blähe, daß zum Beispiel die Differenzgeschäfte nur Scheingeschäfte wären, daß deren Fuldung eine Schande für den Staat sei, weil sie arge Hazardspiele vorstellen, bei welchen man nicht einmal den Einsatz kennt. Die Kontremine sei kein ehrliches Spiel und bei dem Hinauf Herunter verliere der Unerfahrene. Der letzte Kummel im Orient habe dies gezeigt. Da kam zuerst eine Nachricht, daß Serbien den Krieg erklärt habe. Die Papiere fielen. Dann wurde die Nachricht besritten und die Papiere stiegen. Der Abg. Rappoport, welcher zu jener Zeit im Auftrage der Länderbank in Belgrad war, konnte darüber vielleicht Aufschluß geben. Welches Unglück habe das Börsenspiel und die gewissenlose Haltung der „Schnorrer“ und „Jodder“ schon angerichtet: Schnorrer, die gewinnen, werden Barone und laufen Kirgistrassenpaläste; Schnorrer, die zu Grunde gehen, werden Hausirer und machen dem ehrlichen Gewerbsmann Konkurrenz. Gewissen sei nirgend vorhanden nur Gewinnsucht.

Dänemark. Die Erweiterung der Seebefestigungen Kopenhagens soll nun doch, trotzdem die verfassungsmäßige Zustimmung mangelt, in Angriff genommen werden. Wie die „offizielle Nat.-Tid.“ berichtet, sind die Pläne der beiden großen Rittershöfe, welche am Sund nördlich und südlich von Kopenhagen resp. bei Charlottensund und Kastrop angelegt werden sollen, fertiggestellt; der Plan der ersteren ist bereits von der kombinierten Ingenieur- und Artillerie-Kommission genehmigt. Dies Fort wird nach Nord und Süd je eine Länge von 1400 Fuß erhalten, die Stärke der Erdwälle soll 100 Fuß betragen, eine Mächtigkeit, die bisher in der Befestigungskunst unbekannt ist, und die Aemirung soll aus vier Geschützen schwerer Kalibers bestehen. Ein Wallgraben umgibt das Fort, dessen höchste Travers nicht weniger als 45 Fuß über dem täglichen Wasserstand liegen wird. Für das Seefort „Trekroner“ sind schon in diesen Tagen eine Anzahl Krupp'scher 15 Centimeter-Hinterladungsgeschütze in Kopenhagen eingetroffen. — Es liegt hier ein Staatsstreik des Ministeriums für vor, der sich übrigens auch gegen das Deutsche Reich richtet. Trotzdem wird dieses Ministerium von den deutschen Konservativen und offiziellen Zeitungen unterstützt. Wie reimt sich das mit dem sonst immer zur Schau getragenen Patriotismus zusammen? Bei solchen Gelegenheiten steht man, daß derselbe leichtlin geopfert wird auf dem Altar der internationalen Reaktion.

Frankreich. Aus Decazeville wird gemeldet, daß die Grubengesellschaft entschlossen ist, nicht nachzugeben. Sie fordert die Rückkehr der Arbeiter in die Gruben binnen 24 Stunden und erhält Herrn Blay in ihren Funktionen aufrecht, dessen Entlassung die Grubenarbeiter verlangt hatten; endlich verzweigt sie, die Arbeiter wieder aufzunehmen, welche sie anlässlich des Streiks von 1878 entlassen hatte. Wenn diese Bedingungen nicht angenommen werden, dann wird sie ihre Werkstätten schließen und die Ausbeutung der Minen aufgeben. — Die beiden Pariser Abgeordneten Basly und Camelinat, welche sich seit Sonnabend in Decazeville befinden, senden an die sozialistischen Pariser Blätter folgendes Telegramm:

„Decazeville, 23. Februar, 6 Uhr 30 Min. Abends, Es giebt hier zahlreiche Familien, welche unerschuldet durch die Ausbeuter, denen die Regierung Vor-schub leistet, ausgehungert werden. Erlassen Sie neuen, warmen Ausruf an unsere Freunde. Die Regierung schickt der Gesellschaft Bajonette; mögen die Sozialisten den Grubenleuten Brod schicken.“

Camelinat, Basly, Arbeiter-Deputirte des Seine-Departements.“
Inzwischen ist Camelinat nach Paris zurückgekehrt, um die Regierung über die dortigen Vorgänge zu interpelliren. Basly bleibt bei den Arbeitern und spornet sie zur Ausdauer an, da die Regierung schließlich nicht umhin können werde, die KonzeSSION zurückzunehmen und die Gruben in eigener Verwaltung auszugeben.

Großbritannien. Die Nothlage im westlichen Irland hat während der letzten 14 Tage bedeutend zugenommen. Viele Haushaltungen haben ihren ganzen Vorrath an Kartoffeln aufgegeben und stehen jetzt gänzlich mittellos da. In Mullranny, Grafschaft Mayo, ist bereits eine Frau dem Hungertypus erlegen, während in Ensloda, Doobeg und Mulcanny ein anstehendes Fieber ausgebrochen ist, dem unvermeidlich eine große Anzahl von Menschen zum Opfer fallen muß, wenn nicht schleunige Hilfe geleistet wird.

Amerika. Zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und dem „Himmlichen Reiche“ ist ein Konflikt ausgebrochen. Wie ein Telegramm aus Washington meldet,

kein Wort mehr von Rechten und Pflichten zwischen uns, mein Kind? Gewöhnen Sie sich daran, sich hier zu Hause zu fühlen und mein Eigentum als ihr Eigentum zu betrachten, sonst bleiben wir ja doch immer einander fremd und jede für sich vereinsamt und verlassen.“

„Wie gut Sie sind!“ sagte Erna die ihr dargebotenen Hände ergreifend und herzlich drückend. „Darf ich in Ihnen denn wirklich die theilnehmende ältere Freundin sehen, welche aus Ihren Worten zu mir spricht?“

„Ich bitte Sie darum; und legen Sie das Wort nicht auf die Goldwaage, wenn ich einmal — wie jetzt eben wieder — Erna statt Fräulein Erna oder Fräulein Walten zu Ihnen sage. Es ist nur herzlich gemeint und soll nicht so klingen, als ob ich mit einer Untergebenen spreche.“

„Es klingt auch nicht so“, versicherte Erna, „und Sie brauchen sich deswegen nicht zu entschuldigen.“
„Um so besser“, sagte Frau Dahlberg mit einem zärtlichen Blick, „denn es dürfte mir das noch recht oft passiren, was sonst ein ewiges Entschuldigen zur Folge haben würde. Also einverstanden?“

„Einverstanden, hochherzige, edle Frau, und ich will mich noch mehr als bisher bemühen, mich dieses seltenen Vertrauens werth zu zeigen.“

Erna glaubte sich fürwahr in einem schönen Traum befangen. Von Allen, die sie einst liebte, verlassen, hatte sie sich schon an den Gedanken gewöhnt, daß sie fortan ungeliebt und einsam, gelyncht oder unterdrückt durchs Leben werde gehen müssen. Diese plötzliche Wandlung gab ihr den schon verlorenen Glauben an Menschen und Zukunft zurück. Sie hatte aber auch genug an ihren Erinnerungen zu tragen, um einer so festen Stütze für ihre fernere Lebenswanderung zu bedürfen.

Aus solchen Anfängen mußte sich naturgemäß mit der Zeit eine Intimität zwischen den beiden Frauen entspinnen, wie man sie sonst nur zwischen nahen Verwandten beobachtet. Frau Dahlberg vergaß bald regelmäßig das „Fräulein“ vor den Namen Erna zu setzen, und diese gewöhnte sich auch mehr und mehr, mit ihr wie mit einer älteren Freundin zu verkehren. Allerdings war Frau Dahlberg in Bezug auf ihre eigene Vergangenheit sehr

ist dem Kongress eine Botschaft des Präsidenten Cleveland gegangen mit der zwischen der Regierung und dem chinesischen Gesandten anlässlich der jüngsten Ausschreitungen gegen Sinesen gewechselten Korrespondenz. Der chinesische Gesandte hat eine Geldentschädigung gefordert, indem er sich darauf beruft, daß die chinesische Regierung bei früheren ähnlichen Anlässen gegenüber Amerikanern entsprechend verfahren wäre; es sei deshalb die gleiche Verpflichtung auf Seiten der amerikanischen Regierung zu fordern. Präsident Cleveland erklärt es für nothwendig, daß Vorhandensein einer Verantwortlichkeit für die stattgehabten Ausschreitungen auf Seiten der Vereinigten Staaten entschieden abzulehnen, stellt aber die Angelegenheit der Ermüdung des Kongresses anheim. — Et handelt sich hier um Ausschreitungen, welche vor längerer Zeit in Kalifornien gegen die Sinesen begangen wurden, und welche im Westen der Union fast zu Alltäglichkeiten geworden sind.

Parlamentarisches.

Die XVIII. Kommission des Reichstags, welcher der Gesetzentwurf über die Verlängerung des Sozialistengesetzes zur Berathung überwiesen ist, trat heute Abend zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Außer dem Präsidenten v. Wedell-Biesdorf wohnten auch zahlreiche Nichtmitglieder den Kommissionsverhandlungen bei, die verbündeten Regierungen waren durch Minister von Puttkamer und Staatssekretär von Böttcher vertreten. Es wurde zunächst in eine Generaldiskussion eingetreten, an welcher Minister von Puttkamer sich nur in geringem Maße betheiligte. Herr von Böttcher gab die Erklärung ab, daß der Bundesrath noch keinen Antrag gemacht, die vom Abg. Dr. Bindhorst gestellten Anträge in Ermüdung zu ziehen, er glaube nicht, daß diese Amendements akzeptabel seien. Im Uebrigen wurden in der Debatte lediglich die selben Gesichtspunkte geltend gemacht, welche bereits in der ersten Sitzung im Plenum zur Sprache gebracht worden. Nach etwa zwei Stunden wurde die Generaldebatte geschlossen. Bei derselben erklärten die Vertreter der Volkspartei, die Abgeordneten und Wayer (Württemberg), daß das Sozialistengesetz auch auf die Volkspartei in Bayern und Württemberg ausgedehnt werden solle. Neben diesen Abgeordneten sprachen sich drei Redner der Fortschrittspartei gegen die Verlängerung aus: Bindhorst verteidigte seine Anträge, Graf Ballestam sprach den Materialismus und Nihilismus an, der vom Liberalismus genährt, die Sozialdemokratie fördere. Die konservativen und nationalliberalen Redner sprachen sich für die Verlängerung aus. Zum Schluß überreichte der Abg. Kröber noch einen Antrag, der auf Abänderung des Paragraphen 22 des Gesetzes hinzielt.

In der gestrigen Sitzung der Petitions-Kommission gelangte unter anderen auch eine von der Kreisverwaltung Mührungen, Regierungsbezirk Königsberg, eingeworfene Petition zur Berathung, in welcher gebeten wurde, das Gesetz über den Unterstüßungs-Wohnsitz auf die Reichslande auszuweihen. Begründet wurde die Petition damit, daß da in den Reichslanden das Gesetz über den Unterstüßungs-Wohnsitz keine Geltung hat, die Kommunen und Kreise auch für solche Leute, die 8—10 Jahre in den Reichslanden wohnen, bei deren Unterstüßungsbedürftigkeit für die Kosten der Unterstüßung auskommen müssen. Der Kreis Mührungen hat für Leute, die von dort nach Ostpreußen gezogen sind und krank und unterstüßungsbedürftig geworden waren, wiederholt größere Summen für deren Verpflegung ausgegeben und dieselben zur ferneren Verpflegung und Unterstüßung übernehmen müssen, während sonst jemand 2 Jahre aufhält und damit den Unterstüßungsbedarf erworben hat, auch für dessen Unterstüßung in Verarmungs- und Krankheitsfällen auskommen müssen. Da behufs einer Revision des genannten Gesetzes von den Regierungen eine Enquete veranstaltet wird, die im Juni oder Juli d. J. zu Beendigung gelangen dürfte, so wurde beschlossen, die Petition dem Herrn Reichskanzler als Material bei der eventuellen Revision des Gesetzes zu überweisen. Der Einwand, daß die Ostpreußen keine Petition in diesem Sinne eingereicht haben und deshalb die Petition eigentlich nicht vor das Plenum gebracht werden könnte, fand keine Unterstüßung, da man von den Reichslanden und Kommunen Ersatz Vorbringen eine solche Forderung nicht erwarten könne, da sich die Reichslande bei dem jetzigen Zustande sehr gut stehen. — Eine Petition, betreffend die schärfere Bestrafung der Duellanten, konnte der vorgerückten Zeit wegen nicht mehr berathen werden, während eine andere, wonach die Beamten der Privat-Versicherungsgesellschaften bei den Behörden der staatlichen Unfallversicherung zunächst berück-sichtigt und angeheilt werden sollen, der VI. Kommission (Kommission für die Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung der Land- und Forstwirtschaft) überwiesen wurde.

Kommunales.

w. Das Kuratorium für die Markthallen hielt am Mittwoch Vormittag unter Vorsitz des Oberbürgermeisters

zurückhaltend — und dieselbe konnte ja auch für Erna kein Interesse weiter haben —; dagegen wurde sie nicht mehr, die letztere nach ihrem Jugendlieben und allen den Vorgängen zu befragen, welche, trotz aller bewiesenen Lebensnahme und Eumunterung zu einer freundlicheren Lebensanschauung, noch immer wie so viele schwarze Wolken an Ernas reiner Stirn hingen. Und von Allem erzählte Erna nur von einem nicht, von ihrer unglücklichen Liebe zu Bernhard Winter. Wäre er ihr gleichgiltig geworden, hätte sie ihn verachten, hassen können, so würde sie ihrer theilnehmenden Freundin auch diese vorübergegangene Schwärme eingestanden haben. Aber nichts von dem war der Fall. Sie liebte Bernhard noch heute so wie an dem Tage, wo sie ihm ihr Jawort gegeben; und gern redete sie sich ein, daß es ihm nicht anders ergehe und er nur gezwungen dem Drängen seines ihr feindlich gesinnten Vaters nachgegeben habe, als er seinen Briefwechsel mit ihr einstellte. Willentlich war ihm im Laufe der Zeit die Ueberzeugung gekommen, daß es ihm nie gelingen werde, seinen Vater umzustimmen, und wenn er nicht die Kraft in sich fühlte, seine Pflicht gegen seinen Willen zu behaupten, so war es allerdings nicht zu erfüllen gedachte. Kurzum, es gab keine Entscheidung, welche Erna nicht hervorgesucht hätte, um Bernhard nicht der Untreue zeihen zu müssen und um den Fortbestand ihrer Liebe zu rechtfertigen.

In diesem Punkte also hüllte sich Erna in Schweigen; um so berebter aber war sie, wenn sie auf ihr letztes Zusammensein mit ihrem Vater zu sprechen kam und jenes unbekanntes Todfeindes desselben gedachte, welchem sie seinen Ruin und seinen jähen Tod zuschreiben mußte. Dana flammte Haß und Zorn in ihrem Anlitz auf und zwar in einer Weise, welche ihre Freundin erschreckte.

„Glauben Sie denn, Erna“, sagte diese einmal gedankenvoll, „daß man einen Todfeind haben kann, ohne etwas gethan zu haben, was einem eine solche Todfeindschaft erweckte? Ohne Grund haßt, verfolgt kein Mensch den andern; und obwohl es Ihnen sehr schmerzhaft sein muß, so von Ihrem Vater zu denken, kann ich es doch nicht un-

der W
gefah
den M
der St
für die
gleich
giltig
Trost
schen,
ob wie
nicht
wird
So kon
Kette
Kette
verur
um e
meine
unbek
trieb
wird n
mill. U
wähm
ob das
einen
Der G
Abdr
sch aus
von der
und den
Kreier
Kreier
zur
beraus
bet, we
suchend
gelant
Unter
Wäde
und in
leiner
er sich
intimere
sich bei
wird un
die Pet
nahm.
Au
Wof
Nordw
Dud a
wendet
gelant
Ewobl
Schle
dieselbe
lag am
und Be
weiter
war be
schon w
Europ
stättig
Inten
De
wurft
würde
sich n
gegen d
in eben
Bermu
wäht I
anlass
habere
G
Schüttel
Um
man, w
sollen
burg un
Gede
offene, v
kallene
von Wa
gänglic
beht sic
den Ran
des Röß
des Que
ber. Wi
erweit
der im
man bei
49 Grad
Nordbr
Lise de
über 10
Lise de
schöln
hättig
lästigen.
Ueb
berstet
welcher
mein als
soll zu
behauern
Benn

v. Forderbed eine Sitzung ab, in welcher über die Organisation der Markthallenverwaltung beraten wurde. Beschluss wurde gefasst über den bei der Vermietung der Stände zu gewährenden Rabatt. Demnach sollen gewährt werden: den Mietern der Stände auf 1 Jahr die unentgeltliche Benutzung derselben für die drei letzten Monate, was einem Prozentsatz von 25 gleichkommt; den Mietern derselben auf 1/2 Jahr die unentgeltliche Benutzung für den letzten Monat des Halbjahres, was einem Prozentsatz von 10 1/2, gleichkommt und den Mietern auf 1/4 Jahr 10 pSt. der zu zahlenden Miete. Dieser Rabatt wird nur denjenigen gewährt, welche alle Tage in der Woche die Stände benutzen wollen. Diese Vergünstigung fällt jedoch fort, wenn die Mietung der Stände nur für einzelne Tage in der Woche erfolgt. Außerdem wurde die Absicht ausgesprochen, Aftersmietungen der Stände nicht zu gestatten.

Lokales.

Ein grausamer Latoniker ist doch der Polizeibericht; in seiner Wortwahl, die fast sprichwörtlich geworden ist, entlockt ihm nur in seltenen Fällen ein auffällendes Wort; er kennt weder Mitleid, noch Freude, das einzige Gefühl, welches ihn beherzigt, ist dasjenige der absolutesten Gleichgültigkeit und Objektivität. Er behandelt den gestürzten Droschkenkutscher mit derselben Kälte wie den verunglückten Menschen, er fertigt einen Selbstmörder mit derselben stoischen Ruhe ab wie etwa einen Menschenauflauf, bei dem es sich um nichts weiter als um den bei einem Dausiter schlendelnden Gewerbeschein handelt; bei ihm spielen nur die begleitenden Umstände eine Rolle, der „Fall“ selbst macht ihm weniger Sorge. So kommt es denn, daß oft ein großes Unglück seinem Sprachrohr nur wenige Worte abdrückt, während die einfachste Artretzung eine gewisse Verschwendung seiner Sprachmittel verursacht. Wie oft lesen wir nicht, sobald es sich um einen Selbstmörder handelt, entweder die allgemeine Reugier herausfordernde Bemerkung: „Notiv unbekannt“ oder die die Witzbegier auch nicht gerade befriedigende Auskunft: „Notiv: unglückliche Liebe.“ Mehr wird nicht gesagt; denken kann sich der Leser dabei, was er will. Und wie ausführlich könnte der Polizeibericht gerade in solchem Falle sein! Selbstmörder aus unglücklicher Liebe! Als ob das gar nichts wäre! Vor uns liegt die Mitteilung über einen Fall, der allerdings schon längere Zeit zurück datiert. Der Polizeibericht von damals sprach in seiner gewöhnlichen Ausdrucksweise von einer 20jährigen „Frauensperson“, welche aus unbekanntem Grunde verstorben sei. Und doch lag hier der Fall tiefer, es war hier der Stoff zu einem Bilde aus dem „sozialen Leben“ gegeben. Die in Rede stehende „Frauensperson“ war nämlich die hübsche und feingebildete Tochter eines höheren Beamten in einer größeren Provinzialstadt Westpreußens. Weil die Mittel des Vaters zur standesgemäßen Führung eines größeren Haushaltes nicht ausreichten, mußte die ihrer Mutter verwaiste Tochter in Stellung gehen. Was das bedeutete, weiß man. Natürlich konnte nur das Beste aller Stellungen — Berlin dabei in Frage kommen, wo man überdies nicht gekannt ist. Hier fand sich denn für die junge Dame ein Unterkommen bei einem Hofphotographen, dessen Kinder das Mädchen erzogen sollte. Aber sehr bald trat dieses Hauptgeschäft in den Hintergrund; denn die Schönheit und Jugend seiner „Dohne“ hatte den Mann in dem Maße gefesselt, daß er sich mit seiner jugendlich-unerfahrenen Untergebenen in ein intimeres Verhältnis einließ. Die Folgen der Behörnung stellten sich bei dem unschuldigen Mädchen nur zu bald ein, und nun war es um sie geschehen. Das einzige Aufnahmestück war für die Bethörte Gift, welches das belagerte Mädchen auch nahm. Das war die „Frauensperson“ des Polizeiberichts.

Aus Hamburg, 3. März, schreibt der Meteorologe der „Post“: „Eine neue Frostperiode beginnt, weil die heute Nordwest-Deutschland durchziehende Depression, von hohem Druck gefolgt, sich nicht nach Nordost, sondern mehr südwärts wendet und Deutschland somit auf die Nordseite der Depression gelangt ist, wo kalte Nordwinde bei steigendem Druck wehen. Obwohl die Depression am Montag und Dienstag eine gegen Schleswig weisende Richtung eingeschlagen hatte, wendete sich dieselbe am Dienstag Nachmittag gegen Mitteldeutschland und lag am Mittwoch früh mit ihrem Centrum zwischen Hannover und Berlin. Südlich dieser Linien war bei Westwinden Thauwetter eingetreten, während im Norden derselben der Frost zwar bedeutend nachgelassen hatte, aber am Mittwoch Abend schon wieder in Zunahme begriffen war. Da im ganzen Westen Europas sich nun Nordwinde eingestellt haben, wird zumal bei hartfrierendem Aufklaren des Himmels die Kälte mit erneuter Intensität sich einstellen.“

Der immer noch tobende Kampf gegen die Pferdewerke hat in den Wurst essenden Kreisen — und wer gerichte nicht dazu? — eine gelinde Panik hervorgerufen, die sich nicht so leicht beseitigen läßt. Der allgemeine Widerwille gegen das an sich doch keineswegs unappetitliche Pferdeweiseln ebens zu tief eingewurzelt, als daß er sich durch kulinarische Vernunftgründe so schnell in sein Gegenteil umwandeln ließe.

wähnt lassen, daß er selbst in einer früheren Zeit die Veranlassung zu seiner Bedrohung durch einen Dritten gegeben haben muß.“

Erna blickte erschrocken auf die Sprecherin. Dann aber schüttelte sie mit heftiger Verneinung den Kopf.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Um die Temperatur des Erdinnern zu messen, hat man, wie der „Schl. Bg.“ geschrieben wird, bei der auf Staatskosten betriebenen Tiefbohrung bei Schladebach (zwischen Merseburg und Arzschau, wo sich das zur Zeit tiefste Bohrloch der Erde befindet) folgendes Verfahren angewendet: Eine oben offene, mit Quecksilber angefüllte Glasröhre wird in eine metallene Röhre derart eingeschlossen, daß sie gegen Eindringen von Wasser geschützt, der Einwirkung der Temperatur aber zugänglich ist. Gelangt die Glasröhre in höhere Temperatur, so dehnt sich das Quecksilber aus; ein Theil desselben steigt über den Rand der oben offenen Glasröhre ab. Beim Herausziehen der Röhre aus dem Bohrloch nimmt der wieder abgekühlte Rest des Quecksilbers natürlich einen geringeren Raum ein als vorher. Wird nun die Glasröhre mit diesem Reste im Wasserbade soweit erwärmt, bis das Quecksilber wieder den Rand der Röhre erreicht, so entspricht die Temperatur dieses Wasserbades genau der im Innern der Erde gemessenen. Auf diese Weise hat man bei einer Tiefe von 1392 Meter eine Temperatur von 49 Grad gefunden. Nimmt die Temperatur bei weiterem Vordringen in gleichem Maße zu, so wird bei etwa 3000 Meter Tiefe der Siedepunkt des Wassers erreicht; bei 75 Kilometer oder 10 Meilen Tiefe müßte eine Temperatur von der Schmelztemperatur des Platins (2500 Grad C.) herrschen. Bei einem Bohrtiefenmesser von 855 Meilen wäre demnach auf ein Verhältniß der festen Erdrinde zum Erdhalbmesser = 1:85 zu schließen.

Ueber die schreckliche Familientragödie in Meßdorf (Langen) worüber wir bereits in Nr. 49 des „Berl. Volkbl.“ berichteten, wird jetzt folgendes gemeldet: Der Lehrer Süß, welcher seine Frau und seine drei Kinder erschoss, wird allgemein als brutaler Mensch geschildert, von dem die arme Frau viel zu leiden hatte. Er war scheinbar eifersüchtig, schlug die besessenen Frau und sagte sie schon öfter aus dem Hause. „Wenn Du noch ein Kind bekommst — drohte er — dann

Und so kommt es denn, daß im Gegensatz zum Bier, bei dem es doch zuweilen auch nicht ganz richtig ist! — der Wurstkonsum, wenn wir den Interessenten glauben dürfen, von Tag zu Tag abnimmt; noch nie soll, ihrer Versicherung nach, es einen Winter gegeben haben, in welchem so wenig Wurst gegessen wurde, wie in dem heutigen. Begreiflich ist die Sache, wie gesagt; muß doch die sogenannte „Wurstpelle“ so manches kulinarische Geheimniß decken. Schon Helne hatte bekanntlich wenig Respekt vor der Wurst; sagte er doch von ihr: „Wurst ist eine Speise für Götter, denn nur sie allein wissen, was d'ra ist.“

Bei dem Gebrauche der sogenannten Grube-Ofen in bewohnten Räumen, besonders Schlafzimmern, ist es neuerdings mehrfach vorgekommen, daß die in diesen Zimmern befindlichen Personen erkrankt und namentlich während des Schlafes so betäubt worden sind, daß einer Erstickung nur durch rechtzeitig noch hinzugelommene Hilfe vorgebeugt werden konnte. Als Ursache hat sich in allen diesen Fällen ergeben, daß die Ofen nicht durch ein Abzugrohr mit dem Schornstein oder der freien Luft in Verbindung gesetzt waren, und daß daher die bei der Verbrennung der Grube sich entwickelnden Gase, welche, wenn auch nicht schädlich, darum doch nicht weniger gefährlich sind, allmählich das Zimmer erfüllten. Es muß daher dringend darauf gewarnt werden, Grube-Ofen in Benutzung zu nehmen, ehe dieselben in gleicher Weise, wie alle anderen transportablen Ofen, durch ein Abzugrohr mit dem Schornstein verbunden sind.

Schwindlerin. Eine junge, gut gekleidete Frauensperson erschien im Monat Januar d. J. bei Vermietern von möblierten Zimmern. Sie gab an, Antonie v. Z. zu heißen und aus Bittau zu kommen, wolle ihre Eltern in guten Vermögensverhältnissen leben. Sachen führte sie nicht bei sich, bemerkte indes, daß dieselben bald nachkommen würden. Hierdurch und durch die Vorspiegelung, daß ihr eine einträgliche Stellung zu gefagt sei, ist es ihr gelungen, Wohnung und Beköstigung zu erlangen. Nach mehreren Tagen war sie ohne Bezahlung zu seinen verschunden. Diese Schwindlerin ist von der Kriminalpolizei in der Person der achtzehnjährigen Antonette Tylowski ermittelt und zur Haft gebracht. Anzeigen über weitere von derselben ausgeführte Schwindelacten werden im Kriminalcommissariat, Zimmer Nr. 87 c, entgegen genommen.

Ausgesetztes Kind. In einer in der Blumenstraße wohnhaften Frau, welche durch Anzeigen ein Halblein suchte, kam am 27. v. M. eine unbekante etwa 20 Jahre alte Frauensperson, die mit einem dunklen Mantel und Filzhut bekleidet war, und bei ihren etwa drei Monate alten Knaben zur Pflege an. Noch ehe beide Theile endgiltige Vereinbarungen getroffen hatten, gab die angeblich in der Nähe wohnende Unbekante vor, daß sie noch etwas für das Kind aus ihrer Wohnung holen wolle, und entfernte sich unter Zurücklassung des Knaben. Bis jetzt ist es nicht gelungen, die Ueberbringerin des Knaben zu ermitteln. Das Kind wurde vorläufig dem Waisenhaus übergeben.

Eine neue Rubrik im Intelligenzblatt. Wegen „Ausweisung“ verläuft der frühere Buchbinder, jetzige Händler Lichtenstein, Anklamerstraße 28, seine Wirthschaft, Particularwaaren und einen kleinen Möbelwagen. Die Anzeige liest sich recht traurig. Eine mühsam aufgedaute kleine Existenz ist plötzlich vernichtet.

Die Markthallen glähen jetzt allmählich von Raaklördern, um ihre Fertigstellung zu beschleunigen. Trotzdem wird wohl Mitte Juli herankommen, ehe sie eröffnet werden können. Eine große Enttäuschung hat den Interessenten der Beschluß des Kuratoriums gebracht, daß das Aftermietchen der Stände nicht erlaubt sein soll. Eine ganze Anzahl von Reflektanten hatte gerade auf die Herabminderung der Kosten durch eine Konsortial-Beitheiligung gerechnet. Durch diesen Beschluß werden die kleineren Händler von der Benutzung der Markthallen ausgeschlossen.

Die Burgstraße läuft nach der Seite der Dammwägen auffallender Weise in einen toten Winkel aus. Die Unterbrechung erscheint etwas gewaltsam und sie ist es auch. In früherer Zeit ging die Burgstraße bis zu den Mühlen. Die Uferbefestigung aber ließ zu wünschen übrig. Da kam Friedrich Wilhelm I. auf den Ausweg, daß er den Besitzern der Häuser in der Burgstraße erlaube, die Straße zu lastren, wenn sie das Vollwerk auf ihre Kosten machen ließen. Sie thaten das auch und überbauten das gewonnene Stück mit leichten Anbauten; bei zweien dieser Häuser haben sich diese Anbauten noch bis heute unverändert erhalten.

Abenteuer ersten Ranges haben die Reisenden in diesen Tagen auf den Eisenbahnen erlebt. So entgleiste bei Marienburg die Maschine des Kurierzuges. Man legte eine andere Maschine vor, als bei Ebbing der Kadetten des Schlafwagens brach. Die Bremse am Wagen versagte, da der Zug auf die sogenannte Karpanter-Bremse eingerichtet war, welche die neue Maschine nicht führte. Der entgleiste Schlafwagen hing schräg und wurde mitgeschleift. Der Kondukteur kletterte endlich mit Lebensgefahr aus einem Fenster des Wagens hinaus und zog die auf dem Dach festgeklemmte Peine. Der eiserne Ofen im Wagen brach durch und sein kupfernes Rohr schleifte zwischen

lannst Du Dich auf den Tod gefast machen. Erst erschiefe ich Dich, dann die Anderen und zuletzt mich.“ Vor kaum einem Monat traf das geschränkte Ereigniß ein und kurz darauf brachte er seine Drohung zur Ausführung. In Betreff des anonymen Briefes ist man in Regard selbst allgemein der Ansicht, daß Süß ihn selber geschrieben habe; in die vollkommene Schuldlosigkeit der Frau wird dort nicht der geringste Zweifel gesetzt. Ihr Geständniß ist unter der von Seite Süß' ausgeübten Bestrafung geschrieben worden, was um so motivierter erscheint, als Süß vor Verübung der That zu seiner Frau gesagt hatte: „Wenn Du Alles gestehst, verzeh' ich Dir, wenn Du jedoch etwas verschweigst, hat Deine letzte Stunde geslagen.“ Süß hat übrigens schon einmal den Versuch gemacht, seine Frau zu tödten; damals wurde ihm aber die Waffe von seinem Bruder entzogen.

„Täpferer Weiber.“ Schon wiederholt ist es in letzter Zeit in Portugal in kleineren Orten zu Streitigkeiten zwischen der Bevölkerung und den Behörden gekommen, wenn letztere die früher übliche, jetzt jedoch abgeschaffte Beerdigung verstorbener Personen innerhalb der Kirchen nicht gestatten wollten. Ein solcher Fall hat sich auch neulich wieder in Melgozo ereignet. Nachdem die Leiche eines verstorbenen Mannes daselbst in der Kirche eingeseget worden, umstellte eine große Schaar anwesender Frauen und Mädchen — Männer waren außer Beilester und Kirchendiener nicht zugegen — den Sarg, während andere den Fußboden der Kirche aufstießen und ein Grab gruben. Der Bürgermeister des Ortes, der von dem Vorfall gehört, begab sich in die Kirche und forderte die Frauen auf, sich zu entfernen; statt aller Antwort erhielt der Mann von den aufgebrachtsten Weibern Prügel. Er flüchtete und berief Militär. Ein Unteroffizier mit 14 Mann marschirte in die Kirche. „Schieß nicht auf Frauen!“ sagte der Unteroffizier zu seinen Leuten; „wenn es nöthig sein sollte, gebt ihnen die Gewehrkolben zu lösen.“ Raum hatte er dies gesagt, so stürzten sich die wüthendsten unter den Frauen auf die Soldaten, bissen, trugten und drängten sie vom Sarge zurück, den andere inzwischen zu der Grube schleiften. Um dem tollen Treiben die Krone aufzusetzen, waren jetzt auch einige Männer in die Kirche gedrungen. Einer derselben ergriff ein auf dem Altar stehendes Heiligenbild und schlug es dem Unteroffizier dermaßen über den Kopf, daß diesem sofort das Blut aus einer Nasenwunde spritzte. Jetzt entstand eine wilde Prügelei, an der sich die eingedrungenen Männer mit Stöcken und Revolvern betheiligten. Plötzlich fiel ein Schuß, und einer der Soldaten stürzte schwer verletzt zu Boden, ein anderer

den Schienen; dasselbe wirkte glücklicher Weise als Demmschuh. Erst 10 1/2 Kilometer hinter Ebbing kam der Zug zum Stehen. Der Schlafwagen war böse zugestrichelt, aber den Passagieren war nichts passiert; mit fünf Stunden Verspätung kamen sie glücklich in Berlin an.

Schon wieder ein jugendlicher Selbstmörder. Der 16jährige Sohn eines in der Elssasserstraße wohnenden Schupmannes erlernte bei einem Schlächtermeister in der Linienstraße das Schlächterhandwerk. Gestern Nachmittag wurde derselbe, wie eine Lokalkorrespondenz meldet, vom Gesellen im Schlächterhause erhängt aufgefunden. Der Körper wurde sofort losgeschnitten. Wiederbelebungsversuche erwiesen sich als erfolglos. Ueber die Veranlassung zu der That war nichts zu ermitteln.

Polizeibericht. Am 2. d. Mts. Abends verstarb die ein Jahr alte Tochter einer Wittve an der Fischerstraße Nr. 18 in Folge Einathmens von Kohlendunst, indem die 14 Jahre alte Schwester die mit Prestloher geheizte Kochmaschine während der Abwesenheit der Mutter durch den Schieber des Abzugrohrs geschlossen und sich dann zu Bett gelegt hatte. Die gegen 9 Uhr heimkehrende Mutter fand das jüngste Kind bereits todt und das ältere besinnungslos vor. Letzteres erholte sich jedoch bald wieder und ist jetzt außer Lebensgefahr. — Am 3. d. M. Nachmittags wurde in dem Keller eines Hauses in der Linienstraße ein junger Mann erhängt vorgefunden. — Zu derselben Zeit erhängte sich ein Mann in seiner in der Magdeburgerstraße gelegenen Wohnung. Die Leiche wurde nach dem Leichenschauhause gebracht. — Am 3. dieses Monats Nachmittags wurde ein Herr in einem Geschäftslocale in der Steinfalemerstraße vom Schläge getroffen und verstarb auf der Stelle. — Am demselben Tage, Abends, wurde an der Ecke der Charlotten- und Leipzigerstraße ein Mann in Folge eigenen Verschuldens von einer Droschke überfahren. Er erlitt eine bedeutende Quetschung der Brust und mußte mittelst Droschke nach der Charitee gebracht werden. — Zu derselben Zeit tödtete sich ein Mann in seiner Werkstatt in der Steglitzerstraße durch einen Schuß in die Schläfe. — Am 3. d. M., früh, geriet durch die schadhast gewordene Feuerungs-Anlage in der Dennewitzstraße Nr. 18 gelegenen Wohnung des Radmeisters Frische die Dichtung und Fallenslage unter einer Kochmaschine in Brand. Das Feuer wurde nach einhalbständiger Thätigkeit von der Feuerwehr gelöscht. — Am demselben Tage, Nachmittags, brach in dem zu ebener Erde gelegenen Geschäftslocale eines Posamentierwaarenhändlers in der Prinzenstraße Nr. 28 in Folge Unvorsichtigkeit beim Heizen eines Kachelofens Feuer aus und verursachte bedeutenden Schaden. Die Feuerwehr war über eine Stunde in Thätigkeit.

Gerichts-Zeitung.

Die bekannte Petition der Stettiner Stadtverordneten-Versammlung gegen Erhöhung der Getreidezölle beschickte gestern den ersten Senat des Oberverwaltungsgerichts. Anlässlich der im vorigen Jahre dem Reichstage gemachten Vorlage, die Erhöhung der Getreidezölle betreffend, sagte die Stadtverordneten-Versammlung zu Stettin in ihrer Sitzung vom 22. Januar 1885 den Beschluß, sich gegen die Erhöhung der Getreidezölle petitionirend an den Reichstag zu wenden. Das Magistrats-Kollegium zu Stettin beanstandete jedoch diesen Beschluß mit dem Hinweis, daß derselbe den Wirkungsbereich der Stadtverordneten-Versammlung überschreite. Die Stadtverordneten-Versammlung wandte sich deshalb beschwerdeführend an den Bezirks-Ausschuß, dieser trat jedoch der Auffassung des Stettiner Magistrats bei und erkannte auf Zurückweisung der Beschwerde. Gegen diese Entscheidung legte die Stettiner Stadtverordneten-Versammlung Berufung ein. In der gestrigen Verhandlung war als Vertreter der königlichen Staats-Regierung Geheimrer Regierungsrath Dalben erschienen. Dieser führte in längerer Rede aus: Das Petitionsrecht sei kein uneingeschränktes, es soll nur eine Willensäußerung des Petenten auf Veränderung von Zuständen beinhalten, wohl dem formalen Recht, nach Ansicht des Petenten oder nicht der gedeihlichen Fortentwicklung der staatlichen Verhältnisse entsprechen. Die Frage, ob die Erhöhung der Getreidezölle eine Angelegenheit ist, die zur Befugniß einer Gemeindevertretung gehört, will ich unerörtert lassen; darüber können Zweifel obwalten. Ich behaupte auch nicht, daß die Petition an sich die Befugniß einer Gemeindevertretung überschreitet, allein zweifellos geht die Abfassung einzelner Theile der Petition weit über die Sphäre einer Gemeindevertretung hinaus. Die Abfassung der Petition muß als tendenziös bezeichnet werden, wenn in derselber gesagt ist: „Die Erhöhung der Getreidezölle bedeutet eine Kontribution, die einem Theile der Bevölkerung zu Gunsten eines anderen, d. h. der Großgrundbesitzer, auferlegt wird. Man kann ja in der vorliegenden Frage verschiedener Ansicht sein, man darf jedoch in einer Petition nicht Behauptungen aufstellen, die unbegründet und mithin nur darauf berechnet sind, auf die großen Massen zu wirken. Im Weiteren ist es doch tendenziös, wenn in der Petition auf die Verderblichkeit der hohen Getreidezölle hingewiesen und im Anschluß hieran gesagt wird: „die Erhöhung

Soldat ward durch einen Stein am Kopf verwundet. Der Unteroffizier ließ hierauf, um die Wüthenden abzuschrecken, eine Salve in die Luft abfeuern. Da niemand getroffen worden, so riefen die Frauen: „Sie haben keine Kugeln. Drauf, drauf!“ Ein neues Handgemenge folgte. Der Unteroffizier kommandirte zum zweiten Male „Feuer“. Ein Mann, der eben hereingekommen, um seine Frau aus der Kirche zu holen, stürzte todt nieder; andere wurden mehr oder weniger schwer verwundet, darunter auch die Frau, deren Mann sein Leben verloren hatte. Da die Soldaten noch einmal zu schießen drohten, so legte sich der Aufruhr, und die Leiche des Verstorbenen, die den Anlaß zu dem blutigen Vorgange gegeben, konnte unbehelligt auf dem allgemeinen Friedhofe zur Erde bestattet werden.

General Grant's Honorar. Am 27. Februar 1885 hatte der seitdem verstorbene General Grant einen Vertrag mit seinen Verlegern bezüglich der Niederschrift seiner „Memoiren“ innerhalb Jahresfrist abgeschlossen. Von dem ersten Bande wurden dreihundertundfünfundsünfzigtausend Exemplare gedruckt und dreihundertundvierzehntausend sind verkauft worden. Frau Grant hat einen Cheque von zweihunderttausend Dollars empfangen mit der Zusicherung, daß die Verleger die gleiche Summe bei dem zweiten Band auszahlen würden. Diese Honorar-Sätze sehen wohl ohne Gleichen da. Auf der Reise nach Amerika. Man schreibt aus New-York: „Am 28. Januar schiffen sich Herr und Frau Wynne mit ihrer Tochter auf dem Dampfer „Electra“ in Southampton nach den Vereinigten Staaten ein. Hr. Wynne hatte sein Vermögen in unglücklichen Spekulationen verloren, und dies veranlaßte ihn, auszuwandern. In der ersten Nacht der Reise hörte Wynne zu seinem Schrecken auf dem Verdeck seine Tochter mit einem fremden Manne sprechen. Er eilte hinauf und fand das junge Mädchen in Gesellschaft eines Irlandsers. Auf die heftigen Vorwürfe des Vaters erklärte der Fremde, er sei sehr vermögend und bereit, sich morgen mit dem frühesten mit Miss Wynne kopuliren zu lassen. Der Antrag ward angenommen, das junge Ehepaar mietete um hohen Preis die Staatskabine, doch nach sechztägiger Ehe fand der Mann, Hr. Greenly, sein Weib so widerwärtig, daß er ihr sechstaufend Thaler baar betahlte, unter der Bedingung, daß noch vor der Landung des Schiffes die Ehe wieder gelöst werde. Die Familie Wynne willigte ein, und nach kaum vierwöchiger Abwesenheit kehrten Herr und Frau Wynne mit ihrer von ihrem Manne geschiedenen Tochter und einem neuen Vermögen nach England zurück.“

der Getreidezölle ist geeignet, den sozialen Frieden zu gefährden. Die gesetzgebenden Körperschaften hielten die Erhöhung der Getreidezölle eben nicht für verderblich, sondern erachten das Getreide als einen Artikel, der einen höheren Zoll vertragen kann. Der soziale Friede ist Gott sei Dank nicht gefährdet worden, er hätte höchstens durch die Kundgebung der Stettiner Stadtverordneten-Versammlung eine Gefährdung erleiden können. Jedenfalls überschreitet diese Abfassung der Petition die Sphäre, in der sich gesetzlich eine Gemeindevertretung zu bewegen hat. Ich beantrage daher im Interesse des öffentlichen Rechts die Verwerfung der Berufung und stelle es dem Gerichtshof anheim, zu befinden, ob die Petition an sich als berechtigt anzusehen ist. — Nach etwa zweifelhafte Beratung verhandelte der Präsident: Der Gerichtshof hat beschlossen, die Entsendung in der vorliegenden Angelegenheit auszusagen und diese nebst den Motiven den Parteien zuzustellen.

Kreuzburg (Oberhessen). Der Fiskus hat gegen den hiesigen Kaufmann A. eine Klage angestrengt, welche analog den Diktandenproben gegen die Abgeordneten, geeignet ist, berechtigtes Aufsehen zu erregen. Der Sachverhalt ist, wie die „Schles. Bzg.“ mitteilt, folgender: Die Kaufleute A. und R. spielten Jahre lang gemeinschaftlich ein Fünftel der sächsischen Lotterien. Da A. die letzten Klassen an R. nicht bezahlt hatte, war letzterer der Meinung, das Loos fortan allein zu spielen. Als nun aber die Nummer des Looses mit 3000 M. gezogen wurde, beanspruchte R. die Hälfte des Gewinnanteils; A. weigerte sich, und so kam es zum Prozeß, aus welchem R. als Sieger hervorging, indem ihm der Gewinn zugesprochen wurde. Als nun aber der Zivilrichter beide Herren dem Staatsanwalt wegen Spielens in einer ausländischen Lotterie überantwortete, wurden beide in dem eingeleiteten Strafverfahren zu je 5 M. Geldstrafe verurteilt. Die Sache war somit anscheinend erledigt; die Geldstrafe wurde gezahlt und R. konnte sich seines Gewinnes des fünften Teiles von 3000 M. nach dem üblichen Abzug erfreuen. Da kam plötzlich vom dem Fiskus, vertreten durch einen Doppelten Rechtsanwalt, ein amtliches Schreiben an Kaufmann R., in welchem dessen der Fiskus die Herauszahlung des Gewinnes, und zwar von dem ganzen Loos, im Betrage von 2550 M. verlangt, obwohl R. nur ein Fünftel (also 510 M.) gewonnen hatte. Der Prozeß schwebt gegenwärtig. Auf das Resultat ist man allgemein gespannt.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Ein Kompliment an die Arbeiterklasse, das verdient, recht niedrig gehängt zu werden, findet sich in einem Bericht der „Blätter für Genossenschaftswesen. Organ des Allg. Verbands deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Begründet von Schulze-Delitzsch“ Nr. 8 vom 20. Februar l. J., über den ersten Kongreß der französischen Konsumvereine (26. bis 28. Juli 1885). Es heißt darin: „In diesen Schwierigkeiten (nämlich ein selbsthülferisches Resultat aus dem Kongreß herauszuklopfen) muß man noch diejenigen hinzurechnen, die sich — ergeben aus dem unheilbaren Wirtrauen gegen den „Bourgeois“, diesen älteren Bruder des „Volkes“, ohne welchen dieses niemals etwas Gutes zu Stande gebracht hat, weil es das noch nicht versteht, was jener noch und nach und oft sehr mühsam gelernt hat.“ Eine haarsträubendere Unverständlichkeit ist und selten vorgekommen, weder ist noch niemals der harmonisierende Vertrauensdusel gepredigt worden als hier. Die Arbeiter freilich, die noch immer im Schlepptau des Schulze-Delitzsch-Dumbdugs sich befinden, verdienen solche öffentliche Anerkennung ihrer Ignoranz und Unfähigkeit zu selbstständigem Handeln. Es geschieht ihnen ganz recht, wenn ihre wirtschaftlich-politische Impotenz von denselben Leuten proklamiert wird, denn sie sich auf Gnade und Ungnade ergeben haben und welche die geduldigen Schäflein dahin führen, wo sie gehören werden zu Nutz und Frommen der Bourgeoisie. Ja, das Volk hat noch nichts Gutes zu Stande gebracht, für den Bourgeois nämlich, ohne dessen gütige Mitarbeit. Solange die Arbeiter die Gefolgschaft der Bourgeoispartei bilden, werden sie einfach als Werkzeuge benutzt, um für die letzteren — etwas Gutes zu Stande zu bringen. Die Selbsthülfer unter den Arbeitern, die Anhänger des Schulze, des Hirsch-Dunder und anderer bürgerlicher Leuchten von gleicher Brennstärke, mögen sich das von ihren eigenen Anwälten ihnen aufgestellte Armuthszeugnis gefälligst hinter die Ohren schreiben; vielleicht geht ihnen dann ein Licht darüber auf, weshalb sie das noch nicht verstehen, was Bruder Bourgeois so mühsam nach und nach gelernt hat. Es geht nichts über manchesterliche Arbeiterfreundschaft.

Maschinen in der Landwirtschaft. Nach der Berufszählung von 1879 waren von 5 276 000 landwirtschaftlichen Betrieben nur 391 000, d. h. 7,4 pCt. mit Maschinen versehen. Die größte Zahl (20 pCt.) besitzt Niederbayern. Dampfplüge gibt es 836, Säemmaschinen in 19 634 Wirtschaften, Dreschmaschinen sind in 43 000 Wirtschaften eingeführt, wovon 75 600 Dampf-Dreschmaschinen und 108 000 Handmaschinen. Die maschinelle Technik ist, was von vornherein einleuchtet, dem Großkapital in der Landwirtschaft, dem Großgrundbesitz dienlich. Der Klein- und Mittelbetrieb ist gar nicht oder nur unzureichend im Stande, mit maschinellen Mitteln zu arbeiten und muß deshalb im Laufe der Entwicklung der großindustriell wirtschaftenden Agrilkultur unterliegen. Leider ist nicht angegeben, welches Areal diese 7,4 pCt. der mit Maschinen versehenen Betriebe umfassen. Man kann aber sicher sein, daß sie gerade einen ganz bedeutenden, wenn nicht den bedeutendsten Teil der agrarisch-wirtschaftlichen Gesamtheit des Deutschen Reiches darstellen. Nach dem der kapitalistischen Produktionsweise innewohnenden Geetze der Vereinigung von immer mehr Arbeitsmitteln in immer weniger Händen haben wir auch in der Landwirtschaft die Konzentration des größtmöglichen Grundbesitzes bei möglichst wenigen Landbaronen. Es wäre sehr angebracht, wenn die amtliche Statistik uns ziffernmäßig belegte Auskunft darüber gäbe, wie viel Grundbesitz diese 7,4 pCt. der Betriebe in sich vereinigen. Heraus mit der Sprache!

Die größte Berufsgenossenschaft mit Zentralverwaltung ist die sächsische Textilberufsgenossenschaft. Dieselbe (Sitz: Leipzig) umfaßt lediglich die Textilindustrie des Königreichs Sachsen und sähre demnach am 31. Dezember 1885 bereits eine Zahl von 2089 Betrieben mit 111 439 versicherungspflichtigen Personen. Welcher Menge von Gläubigern, Roth und Krankheit, welche soziale Misere diese Genossenschaft in sich schließt, darüber ist in dem amtlichen Bericht, dem wir die obigen Zahlen entnehmen, freilich nichts gesagt. Das ein Wort Glaucha-Meeraner Rothland giebt unseren Lesern den klarsten Einblick in den Zustand der Dinge.

Die Chemnitzer Textilindustrie befindet sich nicht in der rosigsten Lage. In mehreren Branchen gehen die Geschäfte so flau, daß viele Stühle still stehen und die Arbeiter das Recht auf das Verhungern praktisch ausüben können. So fehlt es z. B. für gerippte Waare in Frauen- und Kinderstrümpfen gewaltig an Beschäftigung. Neue Ausflüchte!

Entlassung älterer Arbeiter. Aus dem Braunschweigischen wird der „Freis. Bzg.“ berichtet, daß die braunschweigische Eisenbahndirektion diejenigen ihrer Arbeiter entläßt, welche nicht zur Pensionatsklasse gehören, darunter Leute, die theilweise 15—20 Jahre ihr saures Brot haben erarbeiten müssen und wegen ihres Alters resp. der damit verbundenen Nachzahlung zu der Pensionatsklasse nicht haben beitragen können. Die Angelegenheit verdient wohl durch Eingaben an den preussischen Eisenbahnminister und das preussische Abgeordnetenhaus erörtert zu werden.

Aus Gera erhält die „Volk-Bzg.“ aus Arbeiterkreisen folgende Zuschrift: „In verschiedenen Volksblättern Sachsens und Schlesiens befinden sich jedes Frühjahr allerhand

Reklamen über angeblich in Gera herrschenden Arbeitermangel. Es ist darin die Rede von Aufschwung der hiesigen Industrie, von reichlicher Arbeitsgelegenheit, lohnendem Verdienst, dauernder Beschäftigung u. s. w. Wir sind nun in den hiesigen Industrie-Verhältnissen sehr gut informiert und müssen konstatieren, daß alle diese Reklamen sehr an Uebertreibung leiden. An Arbeitskräften haben wir hier gar keinen Mangel, indem die vielen in der Nähe Gera's gelegenen kleinen Orte, z. B. Ronneburg, Weida, Müchelnbrunn, Hohenlauba u. a. reichliche Arbeitskräfte zur Verfügung stellen, sobald Nachfrage eintritt. Auch giebt es in Gera selbst noch eine große Zahl guter Weber, welche keine lohnende und auch gar keine Beschäftigung finden. Alle in dieser Beziehung entstellenden Reklamen sind darauf berechnet, durch ein Ueberangebot von Arbeitskräften den Arbeitslohn zu schmälern und die seit Neujahr von verschiedenen Firmen auf besondere Vereinbarung hin eingeleitete Lohnreduktion perfekt zu machen. Letzteres Bestreben findet selbst in hiesigen Bürgerkreisen sehr wenig Sympathie, indem die fast regelmäßig im Winter eintretende Geschäftskrise der Stadtfaul von dem dann arbeitslos gewordenen armen Leuten in Anspruch genommen werden muß. Selbst einige größere Firmen machen den Kummel nicht mit und sind wegen in dieser Beziehung entstandener Meinungsdivergenzen aus dem Fabrikantenverein ausgetreten. Die armen Weber im Erzgebirge thun wohl daran, solchen Verlockungen gegenüber recht vorsichtig zu sein. In Bayreuth haben die sämtlichen Arbeiter (etwa 200) der bekannten Pianofortefabrik von Eduard Steingraber die Arbeit eingestellt. Sie verlangen Reduktion der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden und eine namhafte Erhöhung der in den letzten Jahren allerdings sehr gedrückten Löhne. Es ist dies der erste Streik, welcher in der Stadt Bayreuth je vorgekommen ist, obwohl es an größeren Establishments mit zahlreicher Arbeiterschaft nicht fehlt.

Daß in England die Herabsetzung der Telegraphengebühren von 1 Schilling auf die Hälfte dieselben Folgen wie in der Schweiz, d. h. eine rapide Verkehrssteigerung haben würde, war vorauszuversagen. Es ist denn auch die Zahl der Telegramme von 51 000 im September auf 62 000 und 74 000 im Oktober und November 1885 gestiegen, so daß ein Ausfall in der Einnahme nicht entstanden ist.

In den Slanquerh Schieferbrüchen in Irland, in welchen bis jetzt gegen 3000 Arbeiter Beschäftigung fanden, ist das Personal auf 2000 Mann reduziert, 1000 Arbeiter sind entlassen worden. Der Grund dieser Maßregel ist das Versteigen der zwei größten Schieferadern. Eine Anzahl der Entlassenen hat als Dodarbeiter Arbeit gefunden, die übrigen vermehren die ohnehin schon enorm große Zahl der „beschäftigungslosen Arbeiter.“

Vereine und Versammlungen.

Ueber die Berufstätigkeit der Arbeiter und Handwerker, ihre Gefahren und die Mittel zur Beseitigung derselben vom hygienischen Standpunkt aus beleuchtet, hielt am 27. Februar der Lehrer Herr W. Bänder im Handwerkerverein der Louisenstadt einen Vortrag. Nachdem Redner an die Beratung der Kommission des Arbeiterschutzgesetzes im Reichstage angeknüpft hatte, entwickelte er, daß durch den Beruf auch die soziale Stellung des Menschen, seine gesammten Lebensverhältnisse z. B. die Größe seiner Einnahmen, seine Ernährung, seine Wohnungsverhältnisse u. s. bedingt sind. — Deshalb wird durch die Berufstätigkeit auch das mehr oder weniger lange Leben beeinflusst. — Die mittlere Lebensdauer der Lohnarbeiter ist etwa nur 30 Jahre. — Die Gefahren, die den Arbeitern in den verschiedenen Gewerben drohen, sind äußerst zahlreich und ihrer Bedeutung nach sehr verschieden, auch übt die ökonomische Lage der industriellen Arbeiter einen gewaltigen Einfluß aus auf den Gesundheitszustand derselben; diese ist höher anzuschlagen als die Gefahren, welche ihnen direkt von Seite der Berufstätigkeit drohen. — Die Gesundheit der Arbeiter wird ferner beeinträchtigt durch Mangel an Arbeit, durch Ueberarbeitung und hauptsächlich die mit Ausübung seines Berufes selbst verbundenen Gefahren. Diese letzteren können auf die unrichtige Körperstellung, auf die Eigenschaften des zu verarbeitenden Materials, die Beschaffenheit der Arbeitslokale u. dgl. zurückgeführt werden. — Die traurigsten Berichte über die Folgen der industriellen Arbeit auf die Gesundheitsverhältnisse der Bevölkerung kommen aus England. — Auch in Russland ist in industriellen Gegenden die Sterblichkeit viel größer als da, wo ausschließlich Ackerbau getrieben wird. Die Industriebetriebe und Handwerke lassen sich nach dem Charakter der mit ihnen verbundenen Gesundheitsgefahren in 6 Gruppen bringen. Zur 1. Gruppe kann man die mit Staubentwicklung verbundenen Gewerbe rechnen. Zur 2. Gruppe die, in welchen die Arbeiter der Einathmung schädlicher Gase und Dünste ausgesetzt sind. Zur 3. Gruppe gehören die Gewerbe, bei denen die Arbeiter mit giftigen Substanzen in Verbindung kommen. Zur 4. Gruppe die, in denen die Arbeiter Störungen ihrer Barmesonomie ausgesetzt sind. Endlich bilden die 5. Gruppe solche Gewerbe, bei denen eine ungünstige Körperstellung und die 6. Gruppe solche, bei welchen Verletzungen der Arbeiter durch Maschinen, Treibriemen u. vorkommen. Nachdem Redner die einzelnen Gefahren behandelt hatte, stellte er zur Beseitigung derselben die drei Faktoren: Staatsgewalt, Arbeitgeber und Arbeitnehmer als fruchtbringend hin, welche zusammen wirken müßten. Er sprach dann ferner von dem Schutze der Arbeiter durch Fabrikinspektoren, von den hygienischen Maßregeln zum Schutze derselben, von der Frauen- und Kinderarbeit, vom Normalarbeitstag, Arbeiterwohnungen, Volksbädern u. s. w. Die zahlreich besuchte Versammlung folgte den interessanten Ausführungen des Redners mit gespannter Aufmerksamkeit und knüpfte sich eine ebenso interessante Debatte an den Vortrag.

Der Verein zur Wahrung der materiellen Interessen der Wehl- und Getreidekäufer nahm in seiner letzten ordentlichen Generalversammlung den Klagenbericht entgegen, welcher einen Rothensbestand von 101 Mark ergab. Nachdem dem Vorstande Decharge erteilt worden war, referirte Herr Schütte über das Thema: „Welches sind die Zwecke und Ziele des Vereins und in welcher Weise hat sich derselbe bisher nutzbar gemacht?“ Derselbe führte etwa folgendes aus: Nachdem im vergangenen Jahre mehrere Versammlungen der Käufer sämtlicher Branchen abgehalten worden, hätte man allgemein geglaubt, daß die in diesen Branchen thätigen Käufer auch dafür sorgen würden, Organisationen unter sich zu schaffen; aber leider mußte er konstatieren, daß es nur der kleinste Theil sei, in dem sich die Erkenntniß Bahn gebrochen habe, daß die Käufer nur durch feste Fachorganisationen eine Besserung ihrer Lage erreichen können. Daß die Gründung von Vereinen in den Lastfuhrerzweigen noch nicht weiter zur That geworden, verschulde eden zumest die übermäßig lange Arbeitszeit, welche die Käufer verbindet, über ihre Lage genügend nachzudenken. Um so erfreulicher sei es, daß die Wehl- und Getreidekäufer Berlins sich organisiert haben. Der Verein habe in der kurzen Zeit seines Bestehens mehr erreicht, als billigerweise erwartet werden durfte; dies ginge zur Genüge daraus hervor, daß eine Anzahl Geschäfte den vom Verein aufgestellten Minimaltarif schon zahlten, obwohl die Kaufmannschaft über den ihr vom Verein überbotenen Tarif noch keine definitive Erklärung abgegeben habe. Da die Kaufmannschaft das Wehl an die Käufer frei Boden oder Keller verkaufe, sei es einleitend, daß dieselbe auch für das Abtragen bezahlen müsse. Den Verdienst hierfür stecken aber die Kaufleute in die Tasche, trotzdem er dem Käufer gebühre. Die Kaufmannschaft beobachte nur das Verhalten der Käufer gegenüber dem Verein. Zersplittere sich dieser, so sei auch die Kraft der Käufer zersplittert. Deshalb

sei es Pflicht jedes in dieser Branche thätigen Käuflers, sich dem Verein anzuschließen, (Beifall.) Sodann wurde Herr Klum zum Rendanten gewählt; als Stellvertreter der Rendant Herr Beckly und als stellvertretender Rendant Herr Kade. Der Antrag, an erkrankte Mitglieder Unterstützungen aus der Vereinskasse zu zahlen, wurde abgelehnt.

Muskau (Ober-Lausitz), 2. März. Am Sonntag, den 28. Februar, Nachmittags, fand hier im Saale des Schloßhofs seit vielen Jahren die erste öffentliche Volksversammlung statt. Das Referat hatte Herr Maurer Wittstock aus Berlin übernommen und sprach derselbe über „Zwecke und Ziele der Fachvereine“. In seinem Vortrage beleuchtete Redner das Wesen der Innungen im Gegensatz zur heutigen modernen Produktionsweise und kritisirte dieselben. Der Zweck der Fachvereine sei, die Arbeiter der verschiedenen Berufsgenossen zu vereinigen, um vermittelt der Koalitionsfreiheit ihre wirtschaftliche Lage nach Kräften zu verbessern, sowie durch eine durch den Geist der Zusammengehörigkeit gekräftigte Organisation den Arbeiter vor oft ungerechter Maßregelung zu schützen. Durch Beseitigung der Arbeitszeit, welche die Fachvereine erstreben, würde den Arbeitern Gelegenheit gegeben, durch Anhören wissenschaftlicher Vorträge und Lesen belehrender Zeitschriften ihre Bildung zu erweitern und hätten die Fachvereine hierzu bereits Bedeutendes beigetragen. Mit dem Hinweis auf die Nothwendigkeit der Erhaltung eines gesunden und gebildeten Arbeiterstandes, der in seiner großen Mehrzahl die Stütze des Staates ist, schloß Redner seinen brillant aufgenommenen Vortrag. Im Laufe des Vortrages erhob sich der anwesende Herr Bürgermeister von Muskau und bedeutete dem Redner, seinen Vortrag in dieser Weise nicht weiter fortzusetzen. Gegen dieses Vorgehen protestirte der Vortragende und der Referent ganz energisch, indem er darauf bis wies, daß der Vortragende mit keinem Worte die Grenzen des gesetzlich Erlaubten überschritten hätte. Zur Diskussion nahm ein Herr Buchhalter Schön das Wort, der infolge seines Auftretens erst an den parlamentarischen Anstand erinnert werden mußte. Derselbe führte aus, daß die Innungen unter dem Schutze der Regierung stehen, hingegen die Fachvereine sich dieser Protection nicht rühmen könnten. Es wurde Herrn Schön bedeutet, daß die Fachvereine auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung ebenfalls gesetzlich anerkannte Korporationen seien. Die Arbeiter wären verpflichtet, von diesem Rechte den ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Einem Herrn Schumachermeister Schulz, der sich als Innungsmeister zu der Höhe des vorerwähnten Artikels der Fachvereine emporschwingen wollte, dabel jedoch täglich Fiasko machte, wurde auf seine Frage: „Wie sich die Fachvereine die Beseitigung der Maschinen denken?“ das Wort entzogen. Es wurde ihm bedeutet, er könne versuchen, sich Leute zu engagiren, welche, wenn er dies für nothwendig erachtet, die Maschinen in der ersten besten Fabrik herauszuschaffen. Die richtige Antwort darauf wird ihm dann die Polizei oder der Arzt geben. Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten und der Aufforderung, dem Fachverein der Töpfer beizutreten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

* **Fachverein der Schlosser und Berufsgenossen.** Samstag, den 6. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Grätzel's Bierhallen (unterer Saal), Kommandantenstr. 77—79, Versammlung. Tagesordnung: 1. Wie verhält sich der Fachverein zu den bestehenden Wohl des Gesellen-Ausschlusses. Referent: Altfelle Meiche. Herr Obermeister Kemmert ist hierzu beehrl. eingeladen. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Bericht über eingegangene Gelder zur Unterstützung unglücklicher Kollegen. 5. Verschiedenes und Fragekasten. Der unentgeltliche Arbeitsnachweis befindet sich Sebastianstraße 60, im Lokal des Herrn Day.

* **Ortskrankenkasse der Tischler und Pianoort-Arbeiter.** Deute, Freitag, Abends 7 Uhr, im Pürger-saale des Rathhauses, Generalversammlung. T.-O.: 1. Wahl der drei Kassirer. 2. Beschlussfassung wegen Anstellung eines vierten Kassirers event. Wahl derselben. § 50 Absatz 9. 3. Antrag fürchtbar und Genossen, betreffend Abänderung der §§ 32 und 46 des Statuts. Zur Legitimation ist die bereits ausgehändigte Karte erforderlich. Sämtliche Delegirte werden ersucht, pünktlich zu erscheinen, damit keine Verhinderung der Verhandlungen eintritt. Da die Delegirten der Arbeitgeber jedenfalls vollständig erscheinen werden, ist es dringend nöthig, daß auch sämtliche Delegirte der Arbeitnehmer am Platze sind. Kein Einziger fehle, nur dann wird es gelingen, das Ansehen der Innungsmeister zurückzuweisen und die Rechte der Kassensmitglieder zu wahren.

* **Für den Verein für Reform der Schule und Erziehung** hält Frau Wilhelmi-Denrich heute, Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, im Falschstr. 37 einen Vortrag vor Damen und Herren über das Thema: „Der Mensch ist das Produkt der Erziehung“, woran sich eine Diskussion anschließen wird.

* **Verein der Maschinisten und Seiger.** Sonntag, den 7. d. M., Nachmittags 5 Uhr, Neue Falschstr. 24/25, Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Runge über seine patentirte selbst Gas erzeugende Lampe.

Kleine Mittheilungen.

Paris, 2. März. Bakur theilte am 1. d. M. der Akademie der Wissenschaften die bisherigen Ergebnisse der Impfungen zum Schutze gegen die Tollwuth mit. 385 Personen wurden geimpft, von denen bloß eine 47 Tage nach dem Hundebisse zur Behandlung gelangte, wafferschwach wurde und starb. 100, die seit mehr als 75 Tagen entlassen sind, sind als endgiltig geheilt anzusehen. Bakur beantragte, die Gründung eines internationalen Tollwuth-Impfinstituts in Paris.

London, den 2. März. Ueber den Schneesturm, der am Montag in fast ganz Großbritannien und Irland wüthete, liegen heute weitere Berichte vor. In vielen Distrikten der Schneefall so stark, daß alle Arbeiten im Freien eingestellt werden mußten. Auf den wallisischen Eisenbahnen sammelten sich Schnee und die Passagiere hatten großes Ungemach zu erdulden. Selbst auf den großen Hauptbahnen wurden durch das Unwetter ernste Verkehrsstörungen verursacht. Der Sturm wüthete mit großer Heftigkeit auch an den Küsten und hat zahlreiche Schiffsunfälle zur Folge gehabt. In Blackpool, Lytham und St. Annes-on-Sea hauste der Sturm mit solcher Gewalt, daß an eine Fortsetzung des Geschäftsverkehrs nicht zu denken war. In London hielt der Schneefall fast den ganzen Tag an, allein der Schnee schmolz rasch, wodurch die Straßen in Moräste verwandelt wurden.

Literarisches.

„Bayerische Volksstimme.“ Die Werthvertheilung der bel den letzten Reichstagswahlen freigelegter Arbeiter Münchens war bisher der „Bayerische Landbote“. Dieser Blatt, das seinen Begreiner ein Dorn im Auge war, ist nun plötzlich durch einen gleichnamigen Streich lampenfähig gemacht worden. Die Begründer haben es dem Verleger für eine runde Summe abgekauft, die bisherige Redaktion sofort auf die Straße geworfen und die Partheifarbe über Nacht verändert. Die bisherigen Mitarbeiter des Blattes aber diesen perfiden Streich sofort parirt, indem sie sich mit den bisherigen Anhängern ins Einvernehmen setzten und augenblicklich das Erscheinen eines neuen Blattes mit dem alten Tendenz anständigten. Dasselbe nennt sich „Bayerische Volksstimme“, sein Herausgeber ist der Vertreter von München II, Abg. Vollmar, die Redaktion führt Fried. Löwenberg im Verein mit den früheren Mitarbeitern am „Bayr. Landboten“. Die Münchener Arbeiter werden daher anstatt eines ihnen nur dünkend dienenden Organes ein ihren Interessen unbedingt ergebendes haben. Der geführte Schlag war also den Gegnern nicht zum Nutzen, sondern zum Nachtheil.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

58. Sitzung vom 4. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Voelticher, von Scholl, von Puffamer, von Burchard, Lucius, von Bronsart. Die Tribünen sind überfüllt. Zur ersten Beratung steht der Gesetzentwurf, betr. das Branntweinsteinopol.

Der allmächtigste Finanzminister v. Scholl: Die Vorlage der verbündeten Regierungen, welche heute den Reichstag beschäftigt, bezieht, wie bekannt, auf einen Antrag Preußens, der mit verhältnismäßig geringen Modifikationen in seinem Sinne sowohl wie in seiner Begründung die Zustimmung des Bundesraths gefunden hat. Es wird Ihrer Erwartung und Ihrer Entschiedenheit des Gesetzentwurfs entsprechen, wenn ich zur Einleitung seiner Beratung das Wort ergreife und Sie bitte, die Bemerkungen, die ich zur Rechtfertigung und Empfehlung des Entwurfs machen möchte, mit Wohlwollen und Nachsicht folgen zu lassen. Was zunächst das Bedürfnis anlangt, dem mit dieser Vorlage abgeholfen werden soll, so ist dasselbe nicht bloß in diesem hohen Hause und in den Landtagen der Bundesstaaten seit Jahren wiederholt dargelegt und erörtert worden, nicht bloß in der Presse aller Parteien und in Versammlungen und Vereinen immer von Neuem zur Sprache gekommen, untersucht und beleuchtet worden, sondern es hat sich selbst mehr und mehr durch das eigene Schwergewicht, durch seine eigene überzeugende Sprache so eindringlich geltend gemacht, daß es für die weitesten Kreise heute schon als ein selbstverständliches gilt, daß wohl Wenige nur noch ihm die Anerkennung im Allgemeinen zu versagen geneigt sind. Gleichwohl glaube ich mich nicht davon abhalten zu dürfen, jetzt dieses Bedürfnis, wenn auch unvollständig, nicht im Einzelnen genau nachzuweisen und darzulegen, so doch, sozusagen, in seinen Spitzen zusammenzufassen und Ihnen vorzuführen. Das ist dabei von dem der Reichsregierung am nächsten liegenden Gebiete, von dem die Provinz Preußen und seinen Verhältnissen ausgehen, so muß ich hervorheben, daß unser Etat nun schon seit bald einem Jahrzehnt mit einem häufig genug auch in die äußere Erscheinung getretenen, nur vorübergehend durch besondere Umstände gedeckten Defizit zu kämpfen hat, welches wir weder durch eine weitere Beschränkung unserer eigenen Ausgaben noch durch eine Vermehrung unserer eigenen Einnahmen zu beseitigen vermögen. In Bezug auf die Ausgaben hat sich bei uns das Verhältniß schon lange so gestaltet, daß die Sparfamkeit der Regierungen vorwiegend in weiten Kreisen des Landes als zu weitgehend empfunden und beklagt wird, daß der Landtag höchstens nur und in untergeordneten Punkten etwa einmal Anstoß an irgend einer Absehung findet, wohl aber häufig genug zu Klagen über zu geringe oder gänzlich mangelnde Anläge in dem Etat selbst zu Anträgen auf Mehrerstattung in denselben. Eine Ersparnis, eine irgend ins Gewicht fallende Ersparnis an den Ausgaben auf denjenigen Verwaltungsbereichen, die dem Staate Preußen noch verbieten sind, ist gar nicht denkbar. Demnach müßte, meine Herren, liegt es mit unseren eigenen Einnahmen. Der reiche Besitz des Staates Preußen an Domänen und Forsten, an Eisenbahnen, Bergwerken läßt sich in seiner Ertragsfähigkeit nicht dem Bedürfnisse nach steigern; dieselbe ist anerkanntermaßen gut verwaltet und wird ab, was man davon überhaupt nur verlangen und erwarten kann. Unsere Landessteuern aber sind nach der allgemeinen Ueberzeugung nicht sowohl zu einer erheblichen Steigerung irgendwo geeignet, als vielmehr eine Ermäßigung, zum Theil sogar einer vollständigen Beseitigung als Staatssteuer dringend bedürftig. Neben dem Defizit der Staatskasse, dem bereits ostensiblen und dem nur durch eine in der That zu weitgehende, aber uns augenblickliche Sparfamkeit zurückgehaltene Defizit — ich sage: neben diesem Defizit sehen wir ein großes, wachsendes Bedürfnis unseres Landes auf dem Gebiete der Kommunal- und Schullasten, dem bald und gründlich abgeholfen werden muß, wenn schlimmen Entwicklungen vorgebeugt werden soll. In dieser Lage, meine Herren, müssen wir unseren Blick immer wieder auf das Reich richten, unter dessen Schutze und Mägel wir die gerade jetzt reichhaltigsten, weil leicht ertragreicheren Quellen der indirekten Besteuerung gelegt haben, von dem wir nach dem Etat für 1886/87 — die Ueberweisungen von den Böllen, der Tabaksteuer und Stempelabgaben gegenüber gestellt, unserem Reichsbeitrage — bereits etwa 20 Mill. für unsere eigenen Bedürfnisse empfangen, von dem wir aber noch dem eben Gesagten noch weitere mindestens 140 Millionen jährlich etwa für uns in Anspruch zu nehmen haben werden, wenn wir das Land mit seinen dringenden Bedürfnissen befriedigen, wenn wir die Justiz bei uns wieder zu wohlthätigen und guten gestalten wollen. Wohlthätig wie in Preußen liegen die Verhältnisse und Bedürfnisse in den meisten übrigen Bundesstaaten. Die wenigen wirklich erheblichen günstigeren Verhältnisse können weder als leicht nachzunehmende Vorbilder noch sohin die Appell der bedrängten und können eben deshalb auch nicht den Appell der bedrängten an die größere Gemeinschaft und deren Gesetzgebung hindern. Welche Finanzlage finden wir nun bei dem angrenzenden Reich? Für seine großen und weithin reichenden Aufgaben erstrebt es sich eines doch eben nur dem Augenblick und recht knapp entsprechenden Ausgabebudgets. Zahlreiche und ins Gewicht fallende Posten derselben werden schon allein im natürlichen Gange der Entwicklung der Reichsinstitution erheblich anzuwachsen; neue, unabweisliche Ausgaben werden hinzutreten. Ich will nur an Einiges ganz nahe Liegendes, Unbestreitbares hier erinnern. Die Zinsen für die Reichsschuld müssen nach den Dispositionen, die für die Vermehrung dieser Schuld zum Theile gesetzlich und unwiderruflich getroffen sind, wachsen. Der Nord-Deutscher Kanal wird dazu auch seinen Beitrag geben. Die Weltverkehrung muß noch viel weiter wachsen, ehe sie den Beharrungsstand erreicht wird, den sie nach dem einmal festgestellten Gesetze des Reiches erreichen wird. Die neue Regelung des Pensionswesens wird Millionen in Anspruch nehmen. Die allgemeine Beförderungsbesserung, die doch auch gewiß in Ihrem Sinne, meine Herren, nur aufgeschoben, nicht aufgehoben sein soll, wird sehr viele Millionen in Anspruch nehmen. Ich will die weiteren Ausfichten alle, die Ihnen ja auch bekannt sind, nicht erörtern. Ich will nun den Schluß machen. Auch bei dem angrenzenden Reich selber, meine Herren, finden wir das Bedürfnis nach der Beschleunigung neuer, ergiebiger Einnahmequellen. Lassen wir nun unsere Aufmerksamkeit nicht ablenken auf das einzelne, auf das viel leicht mehr oder weniger noch zweifelhaft, Illiquide oder selbst freitragende Details, sondern behalten wir fest im Auge die Lage der Bundesstaaten und des Reiches, wie ich sie eben angedeutet habe im Großen und Ganzen, so werden wir uns der Schlussfolgerung nicht entziehen können, daß das Gesammtdürfnis, um dessen baldige und volle Befriedigung es sich handelt, nicht gedeckt werden kann mit einer Mehrernahme von etwa 20 bis 30 Millionen, sondern nur mit einer

Mehrernahme etwa von dem 10fachen Betrage davon. Sehen wir uns nun, meine Herren, nach den Mitteln und Wegen um, die zu der Gewinnung einer solchen Mehrernahme für das Reich führen können, so wird ohne weiteres klar sein, daß nach alledem, was seit dem Beginne der Reichssteuerreform hier vorgelegt, verhandelt, erreicht und nicht erreicht worden ist, der Blick bei den Böllen, bei den Verbrauchsabgaben von Salz, Bier, Tabak, bei den Reichsstempelabgaben nicht lange zu verweilen hat. Zwar von Bier könnte sehr wohl Einiges, von Tabak Vieles noch gewonnen werden, aber diese beiden Artikel, meine Herren, haben ja, wie Sie wissen, es verstanden, gewissermaßen die Natur des woli me tangere zu gewinnen. Die Reichsstempelabgaben — Sie wissen es Alle von der mühevollen und hingebungsvollen Arbeit, die Sie deren Entwicklung erst eben gerühmt haben — sind schmerzlich geeignet, dem Bedürfnisse gegenüber etwa in eine neue Betrachtung gezogen zu werden. Der wesentlichste Inhalt, die Hauptgedanken und Absichten dieses Gesetzentwurfs, die auffälligerweise von Anfang an und bis in die jüngsten Tage hinein noch in großem Maße verkannt und entstellt den Boden für eine gegenwärtige Agitation haben ergeben müssen, lassen sich in Kürze etwa wie folgt hervorheben: Erstens soll nach dem Gesetzentwurf das Brennereigewerbe in seinem vollen bisherigen Bestande, wie groß oder wie klein derselbe sei, beibehalten werden; also der mittlere, der kleine, der kleinste Brenner soll ebenso gut wie der Grobbrenner in seinem bisherigen Gewerbebetrieb erhalten werden und unangefochten bleiben (ein Punkt, der vielfach in den Versammlungen draußen und in der Presse gegenwärtig, irrig aufgefaßt worden ist); ferner, die großen, mittleren und kleineren Brenner sollen ganz gleichmäßig nur die eine neue Pflicht und das eine neue Recht zugleich erhalten, ihre ganze Produktion gegen alsbaldige Vorkaufzahlung eines angemessenen Preises an den Staat abzugeben. Zweitens soll dagegen das Gewerbe der weiteren Verarbeitung des Brennereiproduktes und das Gewerbe des Branntweinhandels aufgehoben und durch ausschließlichen Staatsbetrieb ersetzt werden, jedoch mit zwei sehr wichtigen Ausnahmen, die eine für den Fabrikationsbetrieb nach dem Auslande hin und die andere für den mit dem Gewerbe der Gastwirthe, Restaurateure, Rastlers u. s. w. verbundenen Branntweinhandel. Drittens soll der neue Staatsbetrieb darauf gerichtet sein, möglichst reine und unschädliche Trinktbranntweine nur herzustellen, dem übermäßigen Genuß derselben thöricht entgegenzutreten, dem Spiritusverbrauch zu gewerblichen Zwecken, zu Heizungs- und Beleuchtungszwecken allen möglichen Vorbehalt zu leisten, um denselben größere Ausdehnung gewinnen zu sehen, das danach überschüssige Quantum des bei uns produzierten Branntweins möglichst vortheilhaft in das Ausland abzuführen. Viertens: Die wesentlichen finanziellen Grundlagen des neuen Staatsbetriebs, die zu gleicher Zeit die Grundlagen für sein Verhältniß sowohl zu den Produzenten, als zu den Konsumenten darstellen, sollen innerhalb gewisser im Gesetz selbst festzusetzender, also auch nur im Wege der Gesetzgebung wieder abzuändernder Normen und Grenzen vom Bundesrath in allgemein verbindlichen Tarifen festgesetzt werden. Die durch das Gesetz Beschädigten sollen endlich, soweit es die Billigkeit irgend fordert und gestattet, entschädigt werden. Innerhalb der Grenzen dieser von mir eben hervorgehobenen Grundzüge mögen die Einzelheiten, sowie die Vorarbeiten über die Kontrolle der Brennereien, die Schugmaßregeln, die Strafbestimmungen und das Uebrige mehr oder weniger der Verbesserung fähig erscheinen und mehr oder weniger auch nach den Beschlüssen des Reichstags abgeändert werden können, ohne dem Gesetz seinen Werth und seine Bedeutung zu nehmen. Ich möchte davon selbst diejenigen Bestimmungen nicht unbedingt ausgeschlossen ansehen, welche von den dem Bundesrath zuweisenden Aufgaben und den ihm zu erteilenden Vollmachten handeln. Denn wenn ich den Standpunkt auch nicht für richtig halten kann, dem ich in dieser Hinsicht vielfach begegnet bin und den ich neulich sehr drastisch in einem Etwa so ausgedrückt fand: „Man muß geradezu schon selber Bundesrath sein, wenn man hierin Konzeptionen und Garantien will“, so sage ich, beziehe ich doch diesen Standpunkt vollkommen und möchte auch glauben, daß die verbündeten Regierungen eventuell nicht abgeneigt sein würden, auch hierin ein thörichtes Entgegenkommen in Erwägung zu ziehen, wenn gerade bei diesen Punkten gewichtige und entscheidende Bedenken im Reichstag allgemein getheilt werden sollten. Kann darnach um so weniger an das Einzelne des Entwurfs jetzt ein ernstes und schwerwiegendes Bedenken, ein Widerspruch gegen das Ganze geknüpft werden, so glaube ich, muß ich auch um so mehr berechtigt sein, diesen Entwurf Ihnen zu empfehlen, und zwar ebensowohl in politischer wie in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung. Von politischem Standpunkt, meine Herren, werden ja diesem Monopolprojekte sicherlich die bekannten Einwendungen entgegengesetzt werden, die auch früher schon hier zur Sprache gebracht worden sind. Es wird vor allen Dingen wieder darauf hingewiesen werden, daß die Machtphäre der Regierung in einem ungebührlichen und gefährlichen Maße erweitert werde, daß die Freiheit und Unabhängigkeit eines großen Theils des Volkes wiederum gefährdet werde, namentlich bei den Wahlen. Nun, meine Herren, mit diesen Einwendungen hat es doch bei uns eine ernste Bedeutung nicht. Ich kann sagen: Wenn eine Machterweiterung überhaupt durch diesen Entwurf wieder stattfindet, so ist sie ja verhältnismäßig sehr gering gegenüber anderen Gebieten, auf denen aus gleichen Titeln eine Macht der Regierung bereits besteht. Sie ist verhältnismäßig sehr gering gegenüber den Staatsbahnen, gegenüber selbst dem Berg- und Hüttenwesen, welches vom Staate betrieben wird; aber nicht nur der Ausdehnung nach, sondern auch ihrer Bedeutung nach. Meine Herren, wo ist denn die größere Abhängigkeit, in Privatverhältnissen oder im Staatsdienst? Wo haben Sie schon einen Beamten gefunden, der es vorzieht, um der größeren Freiheit, um der größeren Unabhängigkeit wegen lieber in den Privatdienst zu treten als in den Staatsdienst? Doch überall bei uns und immer haben sich im Allgemeinen im Staatsdienst, wo die Administration nach festen Gesetzen und Regeln, mit Wohlwollen und unter parlamentarischer Kontrolle stattfindet, die Beamten, sonstigen Angestellten und Arbeiter wohl befunden als im Privatdienst. Und der Einfluß auf die Wahlen, der politische Einfluß wie gering der ist, das wissen Sie alle aus Ihrer eigenen Erfahrung vollständig zu bestätigen; auch der ist in Privatverhältnissen wohl vielfach größer und bedenklicher! Es wird dann der Einwand erhoben, daß das Geldbewilligungsrecht des Parlaments einen neuen Stoß, vielleicht den letzten, erhalte. Nun, meine Herren, die Regelung, welche in dieser Beziehung nach dem Vorschlage des Freiherrn v. Frandenstein im Jahre 1879 hier stattgefunden hat, schließt ja für den Reichstag vollständig dergleichen aus. Sie bleiben ja im Geldbewilligungsrecht hinsichtlich der Reichsbeiträge wie bisher. Bezüglich der Einzelstaaten besteht ja zum Theil ein solches Bewilligungsrecht gar nicht und wäre das eine neue Erweiterung der parlamen-

tarischen Rechte, auf die schwerlich die einzelnen betreffenden Regierungen einzugehen geneigt sein würden. Und um solche formale Rechte handelt es sich heutzutage namentlich bei unserem Volk überhaupt viel weniger, als man das allgemein anzunehmen geneigt ist. Heute ist glücklicherweise, möchte ich sagen, die allgemeine Aufmerksamkeit, das allgemeine Interesse vielmehr den realen Forderungen der Volkswohlfahrt, der Betätigung der Regierungskraft und Einfluß auf diesem Gebiete zugewendet als wie die der Theilnahme an dem unproduktiven doktrinarischen Streit um formale Rechte der Parlamente. Wenn ich diesen Einwendungen also meinerseits gar keinen Werth belegen kann und glaube, daß auch Ihrerseits denselben kein großer Werth beigelegt wird, so vergegenwärtigen Sie sich nun auf der anderen Seite die politische Bedeutung, welche es hat, wenn durch eine Reichsannahme von dieser Höhe, wie sie der Gesetzentwurf ausstellt, erreicht werden kann, daß den Bedürfnissen des Reichs vollumfänglich genügt wird, daß Friede und gesteigerte Wohlfahrt in den Gliedern des Reichs herrscht. In dieser Beziehung ist der Gesetzentwurf und konnte er zunächst nur für das Gebiet der Branntweinsteuerergemeinschaft aufgestellt werden. Aber betrachten Sie den § 89 des Gesetzentwurfs, der bereits, wie es die Absicht von Anfang an gewesen ist, die Ausdehnung des Gesetzentwurfs auch auf die drei ausgeschlossenen süddeutschen Staaten im Auge hat. Kommt das Gesetz für die Branntweinsteuerergemeinschaft zu Stande, so beweise ich für mein Theil nicht, und glaube ich, es werden sehr wenige sein, die es bezweifeln, daß dann der Anschluß der drei süddeutschen Staaten an die bisherige Steuergemeinschaft auch erfolgen wird. Nun, meine Herren, ist das nicht in politischer Beziehung ein überaus wichtiges und überaus erfreuliches und wünschenswertes Ereignis? Würde es nicht uns Allen zur wahren Freude gereichen, die Gemeinschaft in dieser Weise hergestellt zu sehen und dabei zu wissen, daß sie nicht hergestellt ist mit Opfern irgend eines Theils, sondern mit einem neuen Bande zur Befestigung, zur Vertiefung der Reichsunion, das auch in den fernsten Zeiten sich wahrscheinlich glücklich und wirksam bewähren würde? Was es bedeuten würde, wenn das Reich wirklich reich ist und den Einzelstaaten seine Bedürfnisse zu befriedigen hilft, anstatt sie durch Konzeptionsanläge zu erhöhen, das hat der Herr Reichskanzler in früheren Zeiten schon so berechtigt ausgesprochen, daß ich es nicht unternehmen möchte, Ihre Aufmerksamkeit in derselben Richtung länger zu fesseln. Ich glaube, nach dieser Richtung hin bedarf es kaum einer weiteren Ausführung. In wirtschaftlicher Beziehung soll das vorgeschlagene Monopol ebenfalls, wie einige Herren früher schon, ehe die Sache zur Verhandlung kam, ausgesprochen, verworfen sein. In wirtschaftlicher Beziehung verweise ich, — während des Monopols die Moral und die Gesundheit des Volkes wie kein anderes Mittel auf diesem Punkte zu fördern und damit der Wirtschaftlichkeit der Nation die wesentlichsten Dienste zu leisten im Stande sein wird. Es soll in wirtschaftlicher Beziehung bedenklich und verworfen sein, weil es 3000 großen Grundbesitzern etwa ein unverdientes Geschenk aus der Tasche der Steuerzahler macht. (Sehr richtig! Sehr wahr! links.) Ich höre, daß einige Herren „sehr richtig“ und „sehr wahr“ rufen, und daß sie dadurch diese außerhalb des Hauses bereits in vielen Variationen gesungene Melodie sich aneignen. Ich bedauere es lebhaft; aber ich hoffe, Sie werden sich hier im Hause überzeugen lassen, daß nichts Irriger ist, als diese Vorstellung. Meine Herren, erstens: wo soll es sich denn nur um 3000 Großgrundbesitzer handeln! Ich glaube, Rücksichtigkeit nur könnte sich darüber täuschen, daß, wenn es sich dabei auch um 3000 — ich glaube, es würden mehr noch herauskommen — Großgrundbesitzer handeln, hinter diesen, neben diesen, mit diesen Läufern und Abertaufenden von mittleren und kleineren Besitzern, den Kartoffelbauern aller Art dasselbe Schicksal theilen, ebenso betroffen werden: — günstig, wenn der Monopolgesetzentwurf zu Stande kommt; eben so ungünstig, wenn der Monopolgesetzentwurf nicht zu Stande kommt. Und weiter: es soll ein Geschenk aus den Taschen der Steuerzahler an diese Theile der Landwirtschaft gemacht werden! Meine Herren, eine irrige Auffassung kann es, glaube ich, gar nicht geben. Ich habe vorher abschließend bei der Darlegung der Grundzüge des Ihnen vorgelegten Monopolgesetzentwurfs darauf aufmerksam gemacht, daß den großen, kleinen, mittleren Brennern gegen die Verpflichtung, ihr Produkt abzuliefern, ein angemessener Preis aus der Staatskasse bezahlt werden soll. Nun frage ich Sie, meine Herren, ist denn der heutige Weltmarktpreis für den Kartoffelbrenner ein angemessener Preis? Ist er ein natürlicher Preis? Die Herren haben dann von der „Vernichtung vieler Existenzen“ sogar gesprochen; ich halte diesen Ausdruck für übertrieben, es würde schwerlich eine Existenz durch das Monopolgesetz vernichtet werden; aber meine Herren, wird nicht durch den Branntweingenuß in der That ein solches Uebel häufig angerichtet? (Sehr richtig!) Bedenken da nicht mehr Existenzen vernichtet, rücksichtslos, theilnahmslos vernichtet von dem billigen Branntwein-Vertrieb, den wir haben? Für diese Existenzen Theilnahme zu haben, das empfiehlt sich! Die Schankwirthschaft insbesondere sollten der Theilnahme hier ganz dringend empfohlen werden, und von ihrem Standpunkte aus also auch die wirtschaftlichen Bedenken betont werden. Aber, meine Herren, erstens werden wir, wie das aus der Berechnung, die dem Monopolgesetzentwurf beigegeben worden ist, erhellt, etwa 70 000 Verschleißer brauchen, und — man hat sich auch darüber vielfach getäuelt — das sollen nicht Beamte, nicht vorzugsberechtigtere Untertassensleute sein, sondern naturgemäß werden diese Verschleißer aus den bisherigen Beschränkungen überlegend genommen werden. Es ist das in die Hände der Landesregierung gelegt, es würde also dadurch schon eine große Zahl dieser Personen wiederum auf dem Wege einer anderweitigen Unterkunft finden, und dann, meine Herren, bedenken Sie doch, daß diese Schankwirthschaft, so weit wir Konzeptionszwang haben, zur Zeit selbst sich eines Monopols erfreuen, welches ihnen durch die Fernhaltung der Konkurrenz von Staatswegen, aber nicht um ihrer willen, sondern aus allgemeinen politischen Rücksichten gewährt ist und auf dessen Fortbestand sie gar keinen Anspruch geltend machen können. Es ist dann noch als ein in wirtschaftlicher Beziehung zu erhebender Vorwurf wohl hier und da aufgetaucht, daß der Staatsbetrieb ja schlechter sei als der Privatbetrieb, daß das „Monopol“ überhaupt einen Schaden erwecken müsse, wenn man nur denke an die Möglichkeit der Ausbeutung, die damit gegeben werde u. s. w. Nach allen diesen Richtungen, meine Herren, handelt es sich aber nicht um die Effekte, die bei Unkundigen gesucht worden sind. Das heut zu Tage der Staatsbetrieb, das, wo er überhaupt Platz greifen kann, meist aus besser ist als der Privatbetrieb, das er auch auf den größten, schwierigsten Gebieten mindestens ebenso gut sein kann, wie der Privatbetrieb, das ist wohl nicht mehr zweifelhaft. Unser Eisenbahnbetrieb, unser Postbetrieb, unser Berg- und Hüttenbetrieb, unser Forstbetrieb liefern dafür einen hinreichenden Beweis; jede große Aktiengesellschaft liefert

denselben Beweis, sofern nur mit guten technischen Beamten der Betrieb unternommen wird, die ihre Sache verstehen. Auch sie sind ein Beweis dafür, daß diese Vorstellungen vom Staatsbetriebe heute nicht mehr zutreffen. Und nun eben erst der Gedanke an die Möglichkeit einer schrankenlosen Ausbeutung durch die Monopolisten! Gerade der fällt ja vollständig weg bei einem Staatsmonopol im eigentlichen Betriebe unter einer nach Gesetz und Recht geführten Administration und unter einer fortlaufenden öffentlichen Kontrolle durch das Parlament. In finanzieller Beziehung sollte das Monopol nach Auffassung einiger Herren auch nicht empfehlenswerth sein. Ich glaube, die Ertragsberechnung, die wir uns derzeit haben dem hohen Haupte mit dem Entwurfe vorzulegen, wird in dieser Beziehung das Gegentheil zu erweisen vollständig im Stande sein. Es ist in dieser Ertragsberechnung — ich gebe das von neuem zu, es ist in den Motiven der Vorlage selbst zugegeben — mancher unsichere Faktor, wie das auch gar nicht anders sein kann, aber bei allen diesen unsicheren Faktoren ist in der Schätzung ihrer Unsicherheit, ihrer möglichen Ungunst so weit gegangen, daß wir kaum zweifeln, die Wirklichkeit wird überall günstiger ausfallen, als wie die Schätzung in der Ertragsberechnung angenommen worden ist. Und nun, meine Herren, sollte ich, lassen Sie mich noch mit einer kleinen Bemerkung zusprechen, ad formalia schließen. Keiner von Ihnen und wohl überhaupt kein politischer Mann im Lande wird den verbündeten Regierungen oder der preussischen Regierung in specie ernstlich zu imputieren geneigt sein, daß sie es für ihre Aufgabe halten möchten, von Zeit zu Zeit irgend ein neues großes, aber völlig ausichtsloses Steuerprojekt sich auszuwenden, es mit Mühe und Fleiß zu bearbeiten und dann zu einer mehr oder weniger sensationellen Unterhaltung der öffentlichen Meinung in der Presse und in den Parlamenten vorzuführen. Viel eher werden aber die Gegner politischen Richtung und vielschicht auch einer oder der andere Freund derselben dem Gedanken Raum geben wollen, daß unter jetzigem Vorgehen mit dieser Vorlage doch recht inopportun erscheine nach den Erfahrungen, die wir erst vor nicht langer Zeit mit einer in vielen Stücken ähnlichen Vorlage, den Tabak betreffend, haben machen müssen. In der That sind es ja noch nicht ganz vier Jahre her, seitdem wir diese Erfahrung mit dem Tabak haben machen müssen, und wir haben gewiß in dieser Zwischenzeit weder das Nein vergessen können, das uns damals entgegengekommen ist, noch die fast bedauerlichere und schmerzlichere Art und Weise, in der damals gearbeitet und gekämpft worden ist, dieses Nein zu Stande zu bringen. Wenn wir gleichwohl uns nicht davon haben abhalten lassen, diese Vorlage dem Reichstage jetzt zu machen, so wollen Sie daraus, meine Herren, vor Allem das Eine gütigst entnehmen: wie tief und ernst unsere Ueberzeugung ist einerseits von der ganzen Größe und Dringlichkeit des Bedürfnisses, dem es so bald wie möglich und so weit wie möglich abzuhelfen gilt, und andererseits von der Durchführbarkeit, der Tauglichkeit und Nützlichkeit des Mittels, das sich uns jetzt dazu darbietet scheint. Gewiß und natürlich ist es, daß die Regierung zu manchen Seiten dieser Frage minder gut informiert sein mag, als die aus dem unmittelbaren oder nahe beihülligen Kreise des Volkes kommenden Abgeordneten und das aus ihnen sich zusammensetzende Parlament; gewiß und natürlich ist es aber auch wiederum, daß zu anderen Seiten der Sache die Regierung besser informiert sein mag, und daß sie namentlich um der besonderen Verantwortlichkeit willen, die auf ihr lastet, großen Aufgaben gegenüber in besonderem Maße Entschlossenheit und Muth zu großen Mitteln haben muß. (Bravo! rechts.) Deshalb, meine Herren, soll auch unserm Zusammenarbeiten, aus unserem sich gegenseitig ergänzenden und fördernden Zusammenarbeiten die Gesetgebung hervorgehen. Das bedingt aber beiderseitige Verzicht auf einen Krieg, wie er draußen über die Sache nun schon geführt worden ist und auf dessen Mittel; (sehr richtig! rechts) das bedingt aufrichtige Achtung vor der gegenseitigen Stellung (Auf links: gegenseitig! sehr richtig! rechts), vor den Motiven und Ueberzeugungen, das bedingt aufrichtigen, guten Willen zu möglicher Verständigung (Bravo! rechts), und das bedingt Bedauern, nicht Triumphiren, wenn die Verständigung dennoch nicht gelingen sollte. (Sehr gut! rechts.) Das, meine Herren, habe ich mir selbst recht gegenwärtig zu halten gesucht und mich deshalb trotz der seit Wochen mich umgebenden Fälle propositorischen Stoffes auf die, wie ich glaube, nächstern, objektiven Bemerkungen beschränkt, mit denen ich eben zu Ende gekommen bin. Ich würde mich freuen, wenn es Ihnen, meine Herren, gefallen wollte, die weitere Beratung aus solchem Gebiete nicht herauskommen zu lassen. Ich würde meinen, daß dabei keiner von uns etwas verlieren würde, wohl aber das Ganze, dem wir doch alle dienen sollen und wollen, sicher gewinnen würde. (Beifall Bravo! rechts.)

Abg. v. S u e n e: Mit an Einstimmigkeit grenzender Einigkeit haben wir (das Centrum) nach wie vor die aller schwersten Bedenken gegen Staatsmonopole überhaupt und werden auch mit eben solcher Einigkeit gegen dieses Branntweinmonopol stimmen. (Bewegung.) Wir geben aber zu, daß die Frage von einer großen Tragweite ist, und daß das Material, welche uns die Regierungen vorlegen, so große Beachtung verdient, daß wir nicht in der Lage sind, die Abweisung der Vorlage a limbo zu beantragen. Wir sind bereit, in kommissarischer Beratung die ganze Materie aufs Eingehendste zu debattiren, und von diesen Arbeiten wird es dann abhängen, ob sich in Zukunft ein Weg der Verständigung finden wird oder nicht. Der Minister hat uns, die formellen Bedenken fallen zu lassen. Diese Bedenken, die sich aus insbesondere auf die Reichsfrage beziehen, sind indessen bei uns noch sehr mächtig. Er forderte uns ferner auf, recht objektiv und in gegenseitigem Vertrauen diese Frage zu behandeln, wie er sich durch viele propositorische Angriffe nicht aus seiner Ruhe habe herausbringen lassen; aber manche seiner Worte schienen doch das Echo dieser Angriffe zu sein, und besonders seine Bezugnahme auf die Freunde des Auslandes über eine Ablehnung der Vorlage mußte etwas verletzend auf alle diejenigen wirken, welche aus rein sachlichen Gründen Gegner des Monopols sind. Der Minister hat dann die Aufgaben entwickelt, die die Vorlage sich auf wirtschaftlichem Gebiet stelle. Es ist zuzugeben, daß sie gewisse wirtschaftliche und zugleich auch moralische Interessen damit fördert. Es stehen ihr aber andererseits auch sehr schwerwiegende Bedenken entgegen. Wenn der Minister meinte, der politische Gesichtspunkt, daß der Staat durch das Monopol an Macht gewinne, dürfe uns nicht bestimmen, da der Staat in seinem Domänen-, Forst- und Eisenbahnbetrieb schon eine solche Macht habe, daß ihre Verstärkung nicht mehr gut denkbar sei, so bin ich umgekehrt der Ansicht, daß diese Machtstellung des Staates, gerade weil sie schon so groß ist, nicht mehr verstärkt werden darf. Wir dürfen nicht noch ein so schwerwiegendes Objekt wie dies Monopol mit in die Waagschale legen. Ganz abgesehen von der finanziellen Nachstellung, würde der Einfluß der Staatsbehörden auf das ganze wirtschaftliche und politische Leben durch das Monopol ein so überwiegendes werden, wie er mit den Institutionen eines Staates, an dessen Regierung Wahlkörper theilnehmen, unvereinbar ist. Eine beratende Gedung der Nachstellung des Branntweins herbeizuführen, haben wir nach den Erfahrungen, die wir seit 15 Jahren in Preußen machen, durchaus keinen Anlaß. (Sehr richtig! im Centrum.) Wie soll der Staat in der Lage sein, zuverlässige, tüchtige Leute, die reelle Beamte und routinirte Geschäftleute zugleich sind, in genügender Anzahl für seine so schweren finanziellen Engagements zu gewinnen? Was die finanzielle Seite der Sache angeht, so will ich dem Minister gern zugeden, daß seine Zahlen mindestens ebenso richtig sind wie die Zahlen, welche die Gegner des Monopols in ihren Flugschriften verbreiten. Eine Debatte über die Nichtigkeit oder Unrichtigkeit der Zahlen gehört aber nicht in diese Plenarverhandlungen, sondern ledig-

lich in die Kommissionsberatung. Jedenfalls wird der Staat zunächst durch das Monopol ganz außerordentlich finanziell engagirt werden und schwere Ausgaben machen müssen. Es ist dann Werth gelegt worden auf die moralischen Wirkungen der Vorlage. Ich meine aber, daß durch das Schnapsmonopol kein einziger Säuer kurirt werden wird. (Sehr richtig! im Centrum.) Diejenigen Konsumenten, welche ihren Schnapskonsum nach Einführung des Monopols einschränken, werden gerade nicht die professionellmässigen Säuer sein. Das Monopol setzt sich zusammen aus einer Fabriksteuer und einer Konsumsteuer; und dabei ist jeder Agent des Staates für den Branntweinhandel im eigenen Interesse ein natürlicher Apokalypse des Schnapsstrinkens. Wenn ich dies und ferner den Umstand erwäge, daß die bisherige der Landwirthschaft so nützliche Waishaussteuer einsehend aufgehoben werden soll, so frage ich mich unwillkürlich: sollte es nicht einen Weg geben, eine zweckmäßige Konsumsteuer in einer Weise durchzuführen, wobei der Staat nicht Fabrikant wird? Ich will mich hier nicht nach irgend einer Seite festlegen, da diese Frage in der Kommission eingehend zu erörtern sein wird, umso mehr, als auch die Motive der Vorlage, welche sich über die Mängel einer Fabriksteuer sehr eingehend äußern, über die Frage einer Konsumsteuer sehr leicht hinweg gegangen sind. Ich schließe mit dem Antrage, die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Richter: Der Finanzminister mahnte uns zu gegenseitiger Achtung und Verständigung. Er hätte diese Anforderung nicht erst heute am Schluß dieses Kampfes, sondern am Anfange der öffentlichen Bewegung, namentlich an die Regierungspresse, richten sollen. Er hob hervor, daß die Regierung sich ihrer Verantwortlichkeit bei solchen Vorschlägen ganz bewußt sei, daß sie an der Festigkeit ihrer Ueberzeugung nicht zweifeln möge, daß sie mit Recht dieses Unternehmen beginne. Derselben Redewendung haben wir immer von ihr gehört, wenn sie neue politische Richtungen einschlug, wie bei der Kirchen- und Kolonialpolitik. Sie erlangen aber nicht in einem Augenblicke, wo die Regierung selbst in solchen Fragen, die mit solchen stolzen Reden inauguriert wurden, Rücksicht auf Rücksicht antreten muß, wo die Misserfolge ihrer Politik nach anderen Richtungen tagtäglich mehr hervortreten. Wir verhandeln hier nicht zum ersten Male über Monopole. Als man 1867 über die Beseitigung des Salzmonopols verhandelte, war man einmüthig derselben Ueberzeugung, welche der Kaiser als Prinz von Preußen auf dem vereinigten Landtage ausgesprochen, daß die Zeit der Monopole vorbei sei. Anders 1882, als wir über das Tabakmonopol verhandelten. Als Jahre vorher hatte der Reichskanzler das Tabakmonopol als sein letztes Ideal hier bezeichnet, um die öffentliche Meinung darauf vorzubereiten. Jetzt hat man aus tatsächlichen Gründen den entgegengegesetzten Weg eingeschlagen. Nur 14 Tage sind verfloßen zwischen der ersten offiziellen Ankündigung des Projekts und dem Einbringen einer fertigen Vorlage in den Bundesrath. Wenn es auf Ueberzeugung abgesehen war, so hätte man nicht anders verfahren können, als verfahren ist. Der Reichskanzler hat nun in seiner letzten Rede im Abgeordnetenhaus mir besonders vorgelesen, daß wir mit der Kritik der Vorlage in der Öffentlichkeit begonnen hätten, bevor sie noch an den Reichstag gelangt sei. Sollten wir denn wochen- und monatelang zusehen, wie die Hunderte von Regierungsdokumenten genau nach den Anweisungen des Reichskanzlers das Monopol preisen und die Weisheit desjenigen, der sich zur Einführung desselben entschlossen hat? Allerdings, wir sind früh aufgestanden gegenüber diesem Projekt. Wir haben das, was wir im Schatten der Nacht zu bemerken glaubten, der öffentlichen Aufmerksamkeit unterbreitet. Hat sich nun irgend etwas nicht bestätigt von dem, was wir damals als Umrisse des Projekts bezeichnet? Nein, seitdem es in seinen Einzelheiten bekannt und bekannter wurde, hat es immer abstoßender und abschreckender auf die öffentliche Meinung gewirkt. Der Reichskanzler hat die alsbald hervorgeratene öffentliche Bewegung gegen das Monopol im Abgeordnetenhaus kritisch zu müssen geglaubt. Es ist nicht Zufall, daß die sozialistische Partei nicht in dem Maße in ihrer Agitation dem Monopol gegenübertritt, wie es sonst bei dieser Partei der Fall ist. (Oho! bei den Sozialdemokraten.) Das Sozialistengesetz hindert Sie an dieser Agitation nicht. Nein, Sie können dieses Monopol nicht bekämpfen, ohne selbst gegen Ihre eigene Lehre zu verstößen. (Oho!) Denn im letzten Grunde sind es genau dieselben Vorstellungen, die den Minister v. Scholz beherzigen und die Ihnen gemeinsam sind. (Sehr richtig! links — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Was der Minister gesagt hat von der Ueberlegenheit des Staatsbetriebs, daß im Privatbetriebe die Abhängigkeit eine größere sei, als im Staatsbetriebe, ist wörtlich dasselbe, was jene Herren für ihr System aufzuführen. Die Sozialdemokraten sind allerdings konsequenter und gerechter in dem, was sie vorschlagen, als die Regierung. Sie würden auch Alles verstaatlichen, was mit dem Branntwein zusammenhängt. Die Regierung aber will die kleinen Leute, die 100 000 Wirthe verstaatlichen und vor den großen Brennern halt machen. Warum denn? Wenn einmal verstaatlicht werden soll, Herr v. Scholz, wäre es nicht viel leichter, die Brennereien zu verstaatlichen, als den Kleinbetrieb, den glasweinen Ausschank. (Sehr richtig! links.) Da brauchen Sie bloß einige wenige aus dem Privatbetriebe auszuscheiden, während es sich hier um Hunderttausende handelt. Ich habe mir gestern die Statistik über die Brennereien in dem Wahlkreise des Herrn v. Kardorff, Oels-Wartenburg, genauer angesehen. Von den 37 Brennereien gebühren 8 dem König von Sachsen, 2 dem Kronprinzen, 5 einer Reihe von Grafen, dem Herrn v. Kardorff selbst und anderen seiner Standesgenossen. Im Kreise Wartenburg gehören von 4 Brennereien 3 dem Prinzen Biron von Rußland. Ich habe nun, da mir die Sache immer interessanter erschien, die Zahlen von ganz Schlesien aufgemacht und dabei gefunden: 8 Brennereien gehören dem König von Sachsen, 2 Meiningen und Braunschweig, 6 sind königliche Fideikommissbrennereien, 10 Brennereien gehören Domänen und verschiedenen Verbänden, 4 sind solche von Prinzen, 8 von Herzögen, 10 von Fürsten, 76 von Grafen, darunter 2 Reichsgrafen (Heiterkeit), 29 von Reichsräten, darunter auch die Freiherren von Reichsältern in Wien (Heiterkeit), 98 im Besitze adliger Personen und 183 von bürgerlichen Leuten. Glauben Sie aber nicht, daß ich diese zu den armen Leuten rechne. (Heiterkeit.) Es kann uns also, der arme Mann der Brennereien nicht vorgeführt werden. Wie viel fällt denn auf Neben derselben an Rente als Staatsdotations in Folge des Monopols? 60 Millionen vertheilt sich auf 3000, macht je 20 000 M. Aber die Summe vertheilt sich sehr ungleichmäßig, denn unter den 3000 ist die Zahl der kleineren Brenner unvorhältnismäßig geringer als die der größeren. Speziell in Schlesien sind nur 42 Kartoffelbrenner, die bis zu 3600 M. Steuer bezahlen, 242, welche 3600 bis 12 000 M., 247, die 12 000 bis 30 000 M., 24, welche darüber zahlen. Die jährliche Zuwendung aus dem Monopolprojekt auf den einzelnen Kartoffelbrenner ist höher, als was er an Steuer bezahlt. (Oho! hört! links.) Der Vortheil für Schlesien bemerkt sich also bei 243 Brennereien auf jährlich mindestens 12 bis 13 000 M. und bei 24 auf über 30 000 M. Ein großer Theil dieser Brennereien läßt außerdem mit Fideikommissgütern zusammen (Anruhe links), sie erhöhen also ein Einkommen, das nicht aus eigener Arbeit entspringt, sondern dem Erben zugefallen ist durch Abfall der Geburt, durch das Erstgeburtrecht auf Kosten nachgeborener Geschwister, durch eine Reichsdotations von 12 bis 13 000 M. Sodann wird der Preis festgesetzt, und zwar gibt man den Brennereien ein dauerndes Recht, zu einem bestimmten Preise so viel Spiritus zu liefern, wie sie jetzt geliefert haben, ganz gleichgültig, wie sich künftig die Konjunkturen in Bezug auf den Be-

darf stellen. Man hat von dem Recht auf Arbeit gesprochen. Hier wird ein solches in dem Sinne konstituir, daß man ein Recht auf Brennen ganz unabhängig davon festsetzt, ob man auf dem Weltmarkte oder im Inlande das Produkt in der Zukunft braucht. Was hat man nicht unsere Gesetgebung gefordert, die die Zwangs- und Brennrechte einer früheren Zeit abgekämpft hat mit großen Mühen und Kapitalaufwendungen! Und hier wird uns angekonnen, neue Zwangs- und Brennrechte zu Gunsten von 3000 Kartoffelbrennern zu konstituiren, in einem Umfange, wie man sie in der feudalsten Zeit nicht zu wagt hat, in Deutschland einzuführen. (Sehr wahr! links.) Die Zustimmung hat sie ja am Güte, und das Gut enthält die Brennereiberechtigung durch das Monopolgesetz, es wird in seinem Ertrage geschätzt, der Werth wächst also, und das bedeutet bei 3/4 pCt. Jähren eine Erhöhung des Wertes in den Kartoffelgütern um 1/2 bis 1 1/2 Milliarden. (Anruhe rechts. Zustimmung links.) Wir haben von Frankreich eine Entschädigung von 4 Milliarden Mark erhalten, und sollen in Deutschland so reich, so wohlhabend sein, daß wir 1/2 bis 1 1/2 Milliarden einer beschränkten Klasse von Gütern dieser Art zuwenden sollen? (Sehr richtig! links.) Das, was der Werth der einzelnen Güter in Folge dieses Gesetzes erhöht wird, ist eine Dotation für den Einzelnen, im Kapitalwerth weit höher als das, womit unsere verdienstlichen Generale nach dem Feldzug von 1870/71 dotirt worden sind. Im Abgeordnetenhaus will man einen Hundertmillionenfonds zu gründen als Kriegsfonds, um die polnischen Gutsbesitzer abzumägen und den deutschen Besitz zu vermindern. Jetzt seien die Güter weniger werth, man könne sie nicht kaufen. In demselben Augenblicke werden hier mehr als 100 Millionen ausgelegt, um die die Güter dieser selben polnischen Edelleute in ihrem Werthe erhöht werden. 97 Güter mit zum Theil großen Kartoffelbrennereien sind in den Händen des polnischen Adels in Posen. Um mehr als 100 Millionen Mark werden durch diese Vorlage diese Güter in ihrem Preise erhöht. (Sehr gut! links.) Ich führe dies nur an, um zu zeigen, wie planlos und verfahren unsere Gesetgebung ist. Das Monopol stellt gleiche Preise auf für die verschiedenen Provinzen, und gerade darum wird es auch verschieden wirken. In der Provinz Schleswig-Holstein wird man unter dem Monopol das Glas Schnaps um den halben Preis wie jetzt beziehen können, und dasselbe wird in den westlichen Provinzen der Fall sein. Das kann auf die Verminderung des Branntweinkonsums doch nicht einwirken, und in dem Umfange, daß der glasweisse Bezug von Branntwein sich nicht theurer stellt, liegt eine Prämie zum Wirtschaftsbesuch. Die Zahl der Schänken wird sich allerdings vermindern. Aber unter dem kaiserlichen Adler wird der Branntweinschänke viel mehr der Mittelpunkt des Verkehrs werden, als das jetzt der Fall ist. Wenn nun sich die Einnahmen vermindern, wenn die Regierung vor den Konflikt gestellt wird, ob sie mehr Gewicht auf das moralische oder das fiskalische Interesse legen soll, so ist es mir nicht zweifelhaft, daß die Entscheidung zu Gunsten des fiskalischen Interesses ausfallen wird. Wenn so viel abhängt von dem Branntweinmonopol, die Entlastung der Kommunen, der Zusammenhang von Reich und Siedelndem, so wird man, um ein so hohes Ziel zu sichern, nicht darauf sehen, ob die Zahl der Wirtschaften sich vermehrt und das Branntweintrinken zunimmt. In Preußen unterhält der Staat ein öffentliches Glücksspiel. Als es in dort um die Erhöhung der Lehrerpenfionen handelte, war der Minister v. Scholz sofort bereit, einer Vermehrung der Zahl der Loose zuzustimmen. Was wir dort im Kleinen erlebt, werden wir sofort im Großen wieder erleben, wenn die Einnahmen aus dem Monopol zurückgehen. Der Reichskanzler hatte auf die Unterstützung der Maßgebungsvereine gerechnet. Aber die aus dem moralischen Ertrage des Monopols nicht. Herr Kommerzienrat hat es offen ausgesprochen, daß alle Ziele, welche das Monopol verfolgt, sicherer und besser ohne dasselbe erreicht werden können. Nur ein Erfolg desselben ist sicher, allerdings ein unmoralischer. Die Defraude wird vermehrt werden. Schon jetzt finden sich jährlich 1000 Branntweinsteuerprojekte statt, davon 200 wegen Defraude, und es sind in einem Jahre Geldstrafen in Höhe von einer Million verhängt worden. Welchen Umfang werden dieselben erst unter dem Monopol annehmen. Der Minister hat gesagt, daß auch von unserer Seite eine höhere Besteuerung des Branntweins verlangt sei. Das ist richtig, aber das geschieht in der Zeit, als die neuen Hölle vorgelegt wurden. Wie sollen wir jetzt dazu kommen, zu den hohen Steuern eine neue zu bewilligen, die auch lediglich den Konsumenten trifft? Hier eine höhere Branntweinsteuer werden wir nur eintreten, wenn Zug um Zug eine Entlastung der notwendigen Lebensmittel eintritt. Im gegenwärtigen Augenblicke bedeutet die Erhöhung der Branntweinsteuer nur eine Vermehrung der indirekten Steuern überhaupt. Nachdem der Versuch der Börsensteuer ein so jämmerliches Fiasko gemacht hat, muß doch jeder einsehen, daß jede Vermehrung der indirekten Steuern nur beiträgt, die Belastung der minder wohlhabenden Klassen zu steigern. Der Minister hat auf die Wohlthaten des finanzpolitischen Systems für die Einzelstaaten hingewiesen. Die Ueberwälzung des Reichs würden die Einzelstaaten zulassen. Der Minister meinte, es löge keine Beschränkung der Wahlfreiheit in der Vermehrung der Angestellten. Unsere Erfahrung lehrt uns gerade das Gegentheil. Wäre z. B. in Lauburg Graf Herderit Diemar gewählt worden ohne die Verstaatlichung der Damburger Bahn? Wir wissen ganz genau, wie die Verstaatlichungen wirken und die Unabhängigkeit der Wähler und auf das Geldbewilligungrecht. Auch wenn der Reichstag nur theilweise und nur formell den Beschlüssen des Bundesraths beiträge, würden wir nur die jetzt schon bestehende Interessenwirtschaft noch vergrößern. Wir werden hier zu debattiren haben, ob wir den Kartoffelspiritum mit 30, 35 oder 40 M. bezahlen sollen. Wie die Macht des Reichskanzlers wird erweitert werden. Das ist das feine Darlegung, und was das bedeutet, das hat die jüngste Rede desselben gezeigt, als er im Landtage über die Mehrheit des Reichstags sprach und sich in unbestimmten Andeutungen erging. Als ich ihm dann am nächsten Tage Veranlassung gab, etwas deutlicher zu werden, erklärte er, daß wenn das Monopol hier abgelehnt würde, er die Rünke der Gesetgebung in den Einzelstaaten in Bewegung setzen und eine Lizenzsteuer auf den Branntweinausschank einführen werde, welche eine Preisverhöhung des Branntweins zur Folge haben wird. So sprach er, doch bevor der Bundesrath einen Beschluß gefaßt und drohte mit einem Bruch, welches gegen den klaren Wortlaut der Verfassung ist. Das ist eben die verfassungswidrige wie der frühere Plan Reichsdarlegung, eine besondere Rübensteuer einzuführen. (Anruhe rechts. Zustimmung v. Scholz: Totales Mißverständnis!) Heute sind die Augen von vielen Tausenden auf den Reichstag gerichtet, die noch vor Monaten keine Ahnung davon hatten, daß heute hier um ihre Existenz gekämpft werden würde. Je tiefer diese Bewegung eingetreten ist, unser praktisches Leben, je näher dieselbe herankommt, um so größer war die Verunsicherung, und sie droht sich ja nicht auf das Brennereigewerbe allein. Jeder Wähler kann Ihnen sagen, wie schwer sein Gewerbe unter dieser Vorlage leidet, und daß dies Alles geschieht zu einer Zeit, wo unser Gewerbeleben überhaupt unter einer Depression darnieder liegt, jeder Monatsnachweis zeigt von einer schlechteren, der Zustand geht zurück, die Arbeitslose sind. Nach der Erklärung des Herrn v. S u e n e weiß ich, daß dieses Monopol abgelehnt werden wird. Gerade bei dieser Verhandlung zeigt sich, daß die Zahl der Anhänger der Vorlage noch viel geringer ist, als wir angenommen hatten. Selbst eine große Zahl von den Herren rechts stimmt nur noch aus Rücksicht auf den Herrn Reichskanzler nicht gegen dasselbe. Ich dem aber so, dann wächst damit die Verantwortlichkeit der selben dafür, daß er gerade in dieser Zeit ein solches Projekt aufgebracht hat. (Auf rechts: „Lauter!“) Es war gewiß nicht

gedacht
monopol
dem Anz
Berichter
Monopol
nicht aus
anderen
werden
Verhältn
nicht gro
sollen.
sahren.
entschied
aufriede
kommisa
aber ich
rühigung
noch mi
monopol
betartige
Beifall.
Abg.
im Bege
Es ist h
Gegensta
gen einer
nicht mel
gleichfalls
abstehend
mehr daß
ich im C
hierher
wie weni
Reifenpe
zuwendu
hatfanden
spiritus.
hoffentlich
finden, a
Richter
Brennere
kenntlich
rechts);
die Gewi
noch zu g
braut, i
wobei ma
solche Dr
wie der
die Waag
die Konti
tation, u
links), u
miffion d
Schutz d
Berjonen
bringen
(Abg. R
nehmen!
der Mon
um die d
vor Allen
Wohlfahrt
fabrikatio
wein ein
untermo
lich die F
ganzen S
sich d
sich d
Millionen
kommen.
Schuldige
dem aufst
wäge, i
Reichs u
solche Aus
und daß
sein, dort
sind in
bedauern
Gier
Best
Minister
weiche vo
über d
nicht den
träumen
möglich d
der Herr
Kergerun
er den S
mißverste
Schl
(Fortsetz
Vorlage.)
Si
Der
röhnet d
Wählunge
ließen f
treffend
heilung
für den C
lesigkeit
Beile, w
wahlen.
In jeder
Brennere
schonlich
zur Bere
haben. S
welcher
Anbeten
durch die
wichtigen
eine klein
Anschl
unangene
führunge
Ra
eine Aus
wöhnung
We
wieser G
zustand
Falschko
Fr. G
Lageord
sthat zu

lagernde Schnee hindert die Hirsche und Rehe, selbst das dürftige Moos vom Boden abzuwehen. Die Wildfütterungsplätze sind Tag und Nacht von ganzen Rudeln umlagert. So gar heftig kampf hat seine sprichwörtlich gewordene Furcht abgelegt und geht auf die Dörfer, wo er sich den Bauern als eifriger Besucher der Kohlärten bemerkbar macht. Fische, Wader und Wiesel haben jetzt ihren guten Tag, denn die ermatteten Hasen und jungen Rehe werden mühelos ihre Beute. Die Förster sind natürlich eifrig beschäftigt, dem Raubgeschindel den Vorschub zu machen.

Durch die unerhörte Ausschreitung mehrerer Studenten ist der in weiteren Kreisen bekannt "Glaswaarenfabrikant" H. vor dem Restaurant von Dreffel nicht unerheblich verletzt worden. Als H. am vergangenen Sonntag Abends mit seiner Familie aus dem gedachten Restaurant kam und seine vor der Thüre haltende Equipage besteigen wollte, erlaubten sich mehrere gerade vorübergehende Studenten ungebührliche Redensarten in Bezug auf die Gattin des H. Als Herr H. die jungen Herren zurechtwies, wurden dieselben grob und drangen auf H. ein, wobei er mehrere nicht unerhebliche Verletzungen davontrug, so daß er die Hilfe der Sanitätswache in der Brüderstraße in Anspruch nehmen mußte. Es ist jedoch gelungen, die Uebelthäter nach der Polizei-Konstabelle zu fassen, so daß sie ihrer gerichtlichen Bestrafung nicht entgehen dürften.

Gerichts-Zeitung.

Die Thätigkeit der Auskunfts-Bureaus unterlag gestern wiederum der Prüfung des hiesigen Privat-Richters. Kläger waren die Inhaber der Firma Fürst u. Rosel, Beklagter der Kaufmann Kredlow. Das persönliche Erscheinen der Parteien war angeordnet, der Kläger Fürst, welcher sich auf der Reise befindet, aber ausgeblieben, es wurde deshalb das Verfahren eingestellt, so weit die Klage diesen betrifft. Der Beklagte machte am 19. Dezember v. J. einem Abonnenten seines Auskunfts-Bureaus seinen Besuch, erkundigte sich bei diesem nach den Verhältnissen der klägerischen Firma, dabei die Mittheilung machend, daß nach einer erhaltenen Auskunft bei derselben ein Wechsel protestirt worden sei. Der Kunde setzte dieser Angabe Zweifel entgegen, worauf der Beklagte die Thatsache in bestimmtester Form als richtig verschleierte. Die klägerische Firma hat durch die Verbreitung dieses jeder Begründung entbehrenden Gerüchtes, in Folge dessen von zwei anderen Auskunfts-Bureaus ungünstige Auskünfte über sie abgegeben worden sind, die schwerste Schädigung erlitten. Rechtsanwalt G. Kaufmann beantragte als deren Vertreter eine empfindliche Bestrafung des Beklagten, während der Verteidiger, Rechtsanwalt Steinschneider, ausführte, daß in der behaupteten Thatsache höchstens eine Kredit-Schädigung, aber keine Beleidigung liege. Eventuell habe aber sein Mandant lediglich die berechtigten Interessen seines Kunden wahrgenommen. Der Richterbot erachtete die Behauptung, daß bei einem Kaufmann ein Wechsel protestirt sei, gleichbedeutend mit der erfolgten Zahlungs-Einstellung. Dies enthalte aber für einen Kaufmann eine schwere Ehrenkränkung. Der Schutz des § 193 Str.-G.-B. siehe aber dem Beklagten nicht zur Seite, weil er nicht redlich, sondern eine bestimmte Behauptung aufgestellt habe. Die Strafe wurde auf 200 M. ev. 20 Tage Gefängniß abgemessen.

Vereine und Versammlungen.

Am Mittwoch-Abend in Gratweil's Bierhallen tagte, war außerordentlich zahlreich besetzt. Der Vorsitzende Herr Seigt leitete die Verhandlungen über: „Das Verhalten der am 4. Februar v. J. von den Baugeschäftsinhabern eingesetzten Meister-Lohnkommission gegenüber den Zimmerleuten Berlins“ mit einem beifällig aufgenommenen Referat ein, an welchem sich eine lebhafteste Debatte anschloß. Sowohl der Referent, als auch sämtliche Redner sprachen sich auch hauptsächlich gegen das Verfahren der Zimmermeister-Lohnkommission aus, welche ganz im Gegensatz zu dem Verhalten der Lohnkommission der Maurermeister, die bestehende Lohnkommission der Gesellenchaft bisher völlig ignoriert und nur auf den Zimmerplätzen ein „An die erdernen Zimmerleute Berlins“ überschriebenes Zirkular habe vertheilt lassen, worin sie die

Gesellen zur Wahl einer aus 15 Mitgliedern zusammengesetzten Lohnkommission behufs Verhandlung mit der Meister-Lohnkommission aufforderte. Die Meister hätten es damit offenbar auf eine Spaltung der Gesellenchaft abgesehen, um daraus für ihre Broede Kapital zu schlagen. Man sei selbstverständlich gern bereit, die bestehende Gesellen-Lohnkommission auf 15 Mann zu verstärken, unter allen Umständen aber dürfe sich die Gesellenchaft nicht veruneinigen lassen und müsse treu zu der von der Gesamtheit gewählten Lohnkommission stehen. Hierauf kam noch zur Sprache, daß an Stelle einiger der Schramm'schen Badanstalt in Wilmersdorf beschäftigten Zimmerleute, welche dem Verlangen des Eigentümers, noch mehrere Zimmerer für einen Stundenlohn von 30 Pf. zu beschaffen, nicht willfährig zu können erklärt hatten, 8 Mann und 1 Unteroffizier (Polster) vom Eisenbahn-Regiment eingestellt worden seien, worüber sich alle Redner sehr mißfällig äußerten. Es wurde vorgeschlagen, dagegen beim Kriegsminister vorstellig zu werden. Schließlich nahm die Versammlung nahezu einstimmig folgenden Antrag an: „Die heutige Platzdeputirten-Versammlung der Berliner Zimmerleute beschließt, daß ihre Lohnkommission, falls die Meister-Lohnkommission nicht bis zum 8. d. Mts. ihr gegenüber sich geäußert hätte, am 14. d. Mts. eine öffentliche General-Versammlung aller Zimmerleute Berlins und Umgegend einberufen und auf die Tagesordnung derselben folgende Punkte setzen soll: 1. Entgeltliche Beschlußfassung über unsere Lohnforderung; 2. Das Verhalten der Meister-Lohnkommission; 3. Petition an den Kriegsminister in Sachen der Verwendung von Militärmannschaft in der Wilmersdorfer Badanstalt von Schramm. Mit der Aufforderung zur eifrigsten Agitation für den Berliner Lokalverband der Zimmerleute schloß der Vorsitzende die Versammlung, welche für die in den Kreisen der Zimmerleute herrschende Einigkeit einen neuen glänzenden Beweis ablegte.

Am Dienstag-Abend in Gratweil's Bierhallen tagte, in welcher der Meister Herr Schweiger über die Berliner Meister-Lohnbewegung referirte. Der Redner führte aus, daß als die vielleicht wichtigsten der aufgestellten Forderungen die allgemeine Durchführung und strengste Einhaltung der neunstündigen Normalarbeitszeit mit Ausschluß aller Sonntagsarbeit, sowie die Befestigung der Akordarbeit zu Gunsten des fixen Zeitlohnarbeitssystems zu betrachten seien. Sodann empfahl er, auch die allgemeine Einführung eines Minimallohns von 24 M. auf das Programm zu setzen und für diese Forderung mit der äußersten Energie einzutreten, da der Wochenlohn selbst im Sommer in vielen Werkstätten noch immer bis auf 18 M. herabgedrückt werde. Herr Michelsen, welcher das Referat verprochen hatte, jedoch am rechtzeitigen Erscheinen in der Versammlung verhindert war, sprach sich hierauf in demselben Sinne aus. In der lebhaftesten Diskussion erklärte sich auch ein Mitglied der Innung der Malermeister Herr Schulz, für seine Person und Berufsstelle mit den Gehilfenforderungen vollständig einverstanden. Am Namen der Innung zu sprechen, sei er nicht ermächtigt. Mehrere Redner versicherten übereinstimmend, daß in die bevorstehende Lohnbewegung dieses Sommers unbedingt auch die sogenannten Anstreicher eintreten werden, um einen Minimallohn von 21 M. und die Abschaffung der Akordarbeit durchzusetzen. Herr Buchholz theilte als Mitglied der Fachkommission mit, daß dieselbe als weitere Programmforderung noch einen Lohnzuschlag von 75 Pf. pro Stunde für ausnahmsweise Ueberarbeit in besonders dringlichen Fällen aufzustellen beschloßen hat. Die Versammlung erklärte sich mit dieser Maßnahme einverstanden. Herr Reperau beantragte den zu fordernden Minimallohn auf 27 M. festzusetzen. Die Versammlung lebte jedoch diesen Antrag ab. Ferner machte das Fachkommissionsmitglied Buchholz die Mittheilung, daß die an die Meister zu sendenden Zirkulare, durch welche dieselben von den Gehilfenforderungen benachrichtigt werden, demnächst verhandelt werden sollen. Der Vorsitzende machte bekannt, daß am 13. d. M. in der „Urania“, Wangelstraße, ein Kränzchen der Maler stattfindet. Auch forderte er zu unermüdblicher Agitation für den Beitritt aller Kollegen zum Gewverein auf, der jetzt circa 400 Mitglieder zählt. Der Fachverein der Werkzeugmacher Berlins hielt am Sonntag seine erste Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Eichholz, Köpnickstr. 158, ab. Der Vorsitzende

Herr Böhm hielt eine kurze Ansprache und wies auf die Nothwendigkeit einer Fachvereinigung hin. Zum Schluß legte er den Mitgliedern warm ans Herz, recht fleißig zu agitiren und dafür zu sorgen, daß nach und nach alle Kollegen dem Fachverein sich anschließen, denn nur durch ein festes Zusammenhalten Aller wäre etwas zu erzielen. Nachdem die Tagesordnung erledigt war, wurde beschloßen, die regelmäßigen Versammlungen am Montag nach dem Fünftehnten eines jeden Monats in demselben Lokale abzuhalten.

Die Lurus-Papier-Präger und Papier-Schläger hielten am Montag, den 1. März, ihre Vereins-Versammlung in Seefeld's Salon, Genadierstraße 33, ab. Es wurde beschloßen, am 27. März in Seefeld's Saal ein Kränzchen zu veranstalten. Hierauf hielt Herr Christensen einen Vortrag, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. An der Diskussion betheiligte sich Herr Büchel. Zum Schluß machte der Vorsitzende, Herr Casper, bekannt, daß am Montag, den 15. März, eine Vereins-Versammlung in demselben Lokale stattfinden soll und ersuchte, in dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.

Eine Versammlung der Filiale 7 der Allgemeinen Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter (G. S. 29) findet am Sonntag, den 7. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, im Salon des Herrn Jakob, Lindowstr. 26 statt. Tagesordnung: Wahl eines Delegierten, Berichterstattung der Verathung der Kommission.

Große öffentliche Volksversammlung. Am Freitag, den 5. März, Abends 8 Uhr, findet in Breuer's Salon, Frankfurterstraße, eine große öffentliche Volksversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete A. Auer über „Die Anträge Ackermann auf Wiedereinführung des Befähigungsnachweises und der obligatorischen Innungen“ sprechen wird.

Briefkasten der Redaktion.

A. Langestr. 1. Die Ausprägung der neuen deutschen Reichsmünzen erfolgte zuerst auf Grund des Reichsgesetzes vom 4. Dezember 1871, welches sich aber nur auf Goldmünzen bezog. Die Reichsilber-, Nickel- und Kupfermünzen wurden durch das Gesetz vom 9. Juli 1873 geschaffen. Zwischen dem Erlaß dieser beiden Gesetze und der thatsächlichen Ausprägung und Verbreitung der Münzen lag natürlich ein, wenn auch kurzer Zeitraum. 2. Die Pflicht, Sachen, die man für Schulden als Sicherheit behalten hat, aufzubewahren, hört an dem erst nach Ablauf von 30 Jahren auf. Wenn aber die Sache eingeklagt und durch vollstreckbares Urtheil zuerkannt ist, kann man den Gerichtsvollzieher mit der Pfändung und Versteigerung der retinirten Sachen beauftragen.

Geurich. Ein Chambregarnist, der auf monatliche Zahlung gemietet hat, ist nur berechtigt, spätestens am 15. eines jeden Monats zum nächsten Ersten zu kündigen. Wenn er am Ersten eines Monats kündigt, muß er für den ganzen Monat Miete zahlen.

J. B. 34. Sie müssen uns den Fall ausführlicher vortragen, insbesondere angeben, ob und mit welchen Bestimmungen ein Erbtreuhänder geschlossen, sowie ob und unter welchen Bedingungen die Forderung des jüngeren Bruders in das Grundbuch eingetragen ist.

G. S. Gerichtsstr. Die Ansprüche des in einer Fabrik Verlegten aus dem Haftpflichtgesetz verjährten in 2 Jahren vom Tage des Unfalls an. Sie können also wegen des Unfalls aus dem Jahre 1871 keinerlei Entschädigungsansprüche geltend machen. Auch können Sie, wie jeder andere Arbeiter, mit 14 tägiger Kündigung aus der Arbeit entlassen werden. Ob die Weigerung, Sie in die Invalidenkasse der Fabrik aufzunehmen, gerechtfertigt ist, können wir nur nach Einsicht der Kassenakuten beurtheilen.

G. M. 100 und N. 2. 10. Das Vermögen der Frau haftet weder für die vor noch für die während der Ehe vom Mann gemachten Schulden. Einer gerichtlichen Aufnahme des Vermögens der Frau bedarf es nicht, nur müssen Sie sich den Beweis sichern, daß Sie die und die Vermögensstücke schon vor der Ehe besessen haben, damit Sie später mit Erfolg die Interventionklage anstrengen können. Wir werden um die Adresse des Vorstandes des Fachvereins der Steinmeyer ersucht. Vielleicht ist der Vorsitzende so freundlich, uns dieselbe einzusenden.

Theater.

- Freitag, den 4. März.
- Opernhaus. Der Wildschütz, oder: Die Stimme der Natur.
- Schauspielhaus. Der zerbrochene Krug. Zum Schluß: Das Tagebuch.
- Deutsches Theater. Der Königsleutenant.
- Wallner-Theater. Alfred's Briefe.
- Residenz-Theater. Denise.
- Welle-Alliance-Theater. Pariser Leben. Komische Operette in 4 Akten von Meilhac und Halévy.
- Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Bigamierbaron, von Joh. Strauß.
- Balhallen-Theater. Das lachende Berlin. Weiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspiele und 3 Akten von Jakobson und Willen.
- Louisenstädtisches Theater. Abracadabra.
- Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
- Viktoria-Theater. Messalina.
- Ostern-Theater. Der Graf von Monte Christo.
- Schauspiel in 3 Akten nach Alex. Dumas von Dr. Carl Schmidt.
- American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
- Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
- Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.
- Konfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.

- Ballnertheaterstraße 15. [861]
- Heute:
- Zum 1. Male:
- Moderne Pagabonden, Posse mit Gesang in 8 Bildern von Dr. Ed. Jacobson. Musik von Michaelis. Vor der Vorstellung:
- Gr. Konzert der Hauskapelle.
- Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
- Anfang des Konzerts Sonntags 8 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
- Wochentags Wochentags Gültigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.
- Vassage 1 Treppe. 9 U. Morgens bis 10 U. Abends. [852]
- Kaiser-Panorama.
- Nur diese Woche: Türkei, Griechenland, Sueskanal, I. Byllus: Schweiz, St. Gotthardbahn, Hertha-Reise, eine Reise 20 St., Kinder nur 10 Pf.

Bekanntmachung.

Alle diejenigen Mitglieder der alten Kranken- und Sterbefasse der Maschinenbau-Arbeiter, welche bis zum 29. November 1884 Mitglied der Kasse waren, sind noch bis zum 31. März d. J. berechtigt, sich ihre Anrechte durch Zahlung der rückständigen sowohl wie laufenden Beiträge an die alte Sterbefasse zu wahren. Ueber diese Zeit hinaus hören alle Anrechte resp. Ansprüche für diejenigen, welche Beiträge zur Sterbefasse seither nicht geleistet haben, auf. Berlin, den 1. März 1885.

879 Der Vorstand. G. Bürger.

Fachverein d. Böttcher.

Am Sonntag, den 7. d. M., Vorm. 10 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Heise, Nützenberger-Str. Nr. 21. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Michelsen. 2. Innere Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden ersucht, recht pünktlich zu erscheinen. Quittungsbuch legitimirt, ohne dasselbe ist der Zutritt nicht gestattet. Gleichzeitig werden alle diejenigen aufgefordert, welche mit den Beiträgen noch im Rückstande sind, diese ungefümt begleichen zu wollen. 886 Der Vorstand.

Große Versammlung

des Einseher- (Tischler) - Vereins am Sonntag, d. 7. März, Vormittags 10 Uhr, Neue Friedrichstraße 44. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Gerlach. 2. Diskussion. — Fachgenossen, sowie Freunde, sind willkommen. Die Mitglieder werden auf § 4 Abs. 1 aufmerksam gemacht. 887 Der Vorstand.

General-Versammlung

der Produktiv- und Rohstoff-Gesellschaft der Schneider zu Berlin (G. S.) Zimmerstraße Nr. 30 am Dienstag, den 9. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Fr. Brügger, Mohrenstr. 40. Tagesordnung: 1. Jahres-Abschluss wie Beschlußfassung über die Gewinn-Vertheilung und die dem Vorstand zu erhaltende Decharge. 2. Ausschluß von Mitgliedern. 3. Wahl des Vorstandes und der Verwaltungsrathsmitglieder. 4. Geschäftliches. 885 Der Verwaltungsrath.

Grosse öffentliche Volks-Versammlung

am Freitag, den 5. März, Abends 8 Uhr, in Breuer's Salon, Frankfurter-Str. 74 und 75. Vortrag des Reichstagsabg. Herrn J. Auer über: „Die Anträge Ackermann auf Wiedereinführung des Befähigungsnachweises und der obligatorischen Innungen.“ Der Einberufer.

Möbel-, Sopha- u. Matratzen-Fabrik

A. Schulz, Wasserthorstr. 34 (auch Theilzahlung). Keine Waare garantiert.

Cigarren- u. Tabak-Handlung

en gros en détail Fritz Goercki Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde“). Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupf-Tabake. Reich assortirtes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigaretten u. Tabake. Acht Nordhäuser Pantabake. [888]

Fachverein der Bucher.

Sonntag, den 7. d. M., Vormittags 11 Uhr, Mitglieder - Versammlung in Schaeffer's Salon, Inselstr. 10. Tagesordnung: Wahl der Deputirten zur Gesellen-Vertretung. Vereinsanglegenheit. 855 Der Vorstand.

Deffentl. Versammlung

sämmtlicher an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigter Arbeiter Berlins am Sonntag, den 7. d. M., Vorm. 10 1/2 Uhr, in Keller's Lokal, Andreasstr. 21. Tages-Ordnung: Die heutige Produktionsweise. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. Die Principale sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. 888 Der Einberufer. Ein schönes Bett, neu, sof. f. 22 M. zu verk. Reichenbergerstr. 183 im Risengeschäft. [874]

Verein der Sattler u. Fachgen.

Sonnabend, den 6. März, Versammlung in Gratweil's Bierhallen, Kommandanten-Str. 77-79. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Th. Rechner über: Religiöse Geistesbildung als Grundlage der Moral. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten. 877 Der Vorstand.

Vereinig. deutscher Stellmacher

(Mitgliederschaft Berlins). Sonnabend, den 6. d. M., Abends 8 Uhr, Versammlung in den Arminhallen, Kommandantenstraße 30. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Glaubig. 2. Bericht über die Arbeit. 3. Verschiedenes und Fragelasten. 882 Die Ortsverwaltung. 1 g. Piano, 10 Thlr., a. v. Oranienstr. 4. II. [850] Ein eleg. Damenmaskenanzug ist zu verk. leichten Adalberstr. 75, Hof II. rechts.